

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

23. Oktober 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner, rührt Euch!

Am nächsten Sonntag soll die Entscheidung für vier Jahre fallen: Soll die Weltstadt Berlin verwaltet werden nach dem Rezept, das für Krähwinkel passen mag oder nach großen sozialen Gesichtspunkten, die dem Fortschritt die Bahn öffnen?

Wer das erstere will, wird die Vertretung des Privatkapitals, die Deutschnationalen und die Volkspartei wählen.

Wer aber den sozialen Fortschritt in der größten Gemeinde des deutschen Reiches erstrebt, der wählt am 25. Oktober die

Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei!

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Fälschmeldungen und Indiskretionen.

Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses sind nach der Verfassung vertraulich. Trotzdem folgt jeder seiner Sitzungen ein ganzer Schwarm von Fälschmeldungen und Indiskretionen. Das Tollste leistet sich diesmal Hugenbergs „Tag“, der in seinen Leitern meldet, es seien neue Verhandlungen notwendig geworden, der Auswärtige Ausschuss fordere „vertragsmäßige Sicherung der Rückwirkungen“ durch die Entente. Davon ist kein Wort wahr. Der einzige Redner, dessen im übrigen sehr diplomatisch abgewogenen Worte nach dieser Richtung gingen, war Graf Westarp. Die Regierung vertrat den selbstverständlichen Standpunkt, daß die bekannte Klausel „ne varietur“ neue Verhandlungen ausschließe. Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß ihr der Ausschuss, der übrigens keine Beschlüsse faßte, darin zustimmte.

Jedermann in Deutschland wünscht, daß die „Rückwirkungen“ so rasch und umfassend wie möglich eintreten. Und sänge es nach den Sozialisten der beteiligten Länder, so müßte der ganze Befähigungsunfug von heute auf morgen verschwinden. Im Ausschuss aber ist von berufener Stelle darauf hingewiesen worden, daß die „Rückwirkungen“ zwar schon vor dem 1. Dezember anfangen könnten sichtbar zu werden, daß aber ihr Gesamtverlauf eine viel längere Zeit erfordern werde. Daraus folgt, daß die Zustimmung zum Vertrag nicht von dem Maß dessen abhängig gemacht werden kann, was bis zum 1. Dezember an Rückwirkungen sichtbar geworden ist, sondern von dem Maß des Vertrauens, das man in den neuen Vertrag, die neuen Verhältnisse und ihre logischen Konsequenzen für das besetzte Gebiet setzt. Mit dem Abschluß des Vertrags soll diese Entwicklung nicht schon abgeschlossen sein, sondern erst beginnen. Und darum ist es falsch, von Rückwirkungen so zu sprechen, als ob sie als Ganzes für das Zustandekommen des Vertrags Voraussetzungen wären.

In der Presse finden sich auch Mitteilungen darüber, welche Stellung Herr Stresemann zur Frage des Verzichts auf Elsaß-Lothringen eingenommen hat. Herr Stresemann habe gesagt, der Pakt enthalte nichts als einen Verzicht auf Angriffsriege und aggressive Gewaltanwendung, er beschränke aber in keiner Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Herr Stresemann hat in der Tat etwas ähnliches gesagt, und ungefähr so stimmt es ja auch. Der Pakt bedeutet allerdings nicht nur den Verzicht auf Revanchekrieg und Eroberung, sondern auch den Verzicht auf eine Unterstützung von Vostrennungsvorhaben. Beispielsweise wäre es ein glatter Vertragsbruch, wenn Frankreich nach Abschluß des Vertrags Vostrennungsbemühungen im Rheinland weiter fördern wollte. Dasselbe wäre es, wenn eine deutsche Regierung irgend eine gleichgerichtete Bewegung jenseits der Grenze unterstützte.

Will man sich ganz genau ausdrücken, so muß man sagen: Der Vertrag bedeutet insofern nicht einen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, als Deutschland das Recht bleibt, dieses Land anzunehmen, wenn es Frankreich einmalt mit Zustimmung seiner Bevölkerung an Deutschland abzutreten geneigt wäre. So lange aber Frankreich auf dem Standpunkt steht, daß es Elsaß-Lothringen ohne einen verlorenen Krieg nicht herausgibt, bleibt es eben beim Verzicht. Ein Opfer kann aber — und darin glauben wir wieder mit den maßgebenden Stellen ganz übereinzustimmen — in dem Vertrag nicht erblickt werden, denn es ist kein Opfer, auf etwas zu verzichten, was man sowieso nicht haben kann.

Im übrigen wäre es besser, die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses öffentlich zu führen, wenn man sie nicht vor Indiskretionen und Fälschmeldungen schützen kann.

Preußen für Locarno!

Ein neues deutschnationales Handelsgeschäft beabsichtigt. „Deutsch sein, heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun“ — das ist das Wort, das die Führer der Deutschnationalen im Munde zu führen pflegen. Aber deutsch sein, heißt noch nicht, deutschnational sein. Deutschnational sein, heißt, eine Sache nicht um ihrer selbst willen, sondern nur gegen Bezahlung tun, versteht sich, gegen jeweils höchste Bezahlung.

Die Deutschnationalen besitzen politische Grundsätze, aber nicht zu dem Zweck, sie anzuwenden, sondern nur dazu, sie sich

gegenüber abhandeln zu lassen. Beweis: Das Verhalten der Deutschnationalen bei der Entscheidung über die Dawes-Verträge. Vor der entscheidenden Abstimmung waren die Dawes-Verträge für sie das „zweite Versailles“, eine schwachvolle Angelegenheit, der man grundsätzlich die Zustimmung verweigern mußte. Als sie aber schriftliche Zusicherungen über ihre Aufnahme in die Reichsregierung und damit über die Einführung von Schutzzöllen erhielten, beannen sie sich eines anderen. Auf dieses Papierchen hin gaben sie ihre Grundsätze preis.

Der Preis, den sie für ihre Zustimmung zu jenem „zweiten Versailles“ erhielten, war reichlich hoch. Jetzt handeln sie um ihre Zustimmung zu dem „dritten Versailles“ des Nie-wieder-Krieg-Vertrages, der den abermaligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen einschließt. Es gelistet sie danach, wieder umzufallen und sich dafür wieder hoch bezahlen zu lassen. Diese Absicht wird etwas zu deutlich in einer Betrachtung der „Deutschen Tageszeitung“ zu dem Ergebnis der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen Seegering im Preussischen Landtag bekanntgegeben. Dort heißt es:

So lange die Möglichkeit nahe liegt, daß dort die gegenwärtige Regierungskoalition an Meinungsverschiedenheiten in der Außenpolitik zusammenbricht, ist schwerlich an eine Annäherung zwischen Deutschnationalen und Zentrum in Preußen zu denken. Die preussische Regierungsfrage wird also zunächst ruhen, bis die Einwirkung der Abmachungen von Locarno auf die parlamentarische Lage im Reichstage feststeht; was freilich vielleicht schon sehr bald der Fall sein kann. Der positive oder negative Charakter dieser Einwirkung aber wird auch von erheblicher Bedeutung dafür sein, wie sich nach der Klärung der Situation im Reich die Lage in Preußen weiter entwickelt.

Herr Paul Baedert, der Verfasser des Artikels, hat vielleicht gemeint, daß seine vorsichtige, absichtlich etwas dunkel gehaltene Fassung nur den Eingeweihten verständlich sein würde. Aber die Kenner der deutschnationalen Taktik verstehen sehr gut, daß ein neues Handelsgeschäft beabsichtigt ist. Die Deutschnationalen möchten, da sie auf Grund der Wehrverhältnisse den Eintritt in die Preußenregierung nicht erzwingen können, und nach einer etwaigen Neuwahl noch weniger denn jetzt, sich die Teilnahme an der Preußenregierung erschleichen, erschachern, erpressen. Ein solches Handelsgeschäft dürfte ihnen etwas schwerer fallen als seinerzeit das Geschäft mit Herrn Stresemann, das ihnen den Eintritt in die Reichsregierung und die Schutzzölle gebracht hat. Denn darüber werden sie sich wohl selbst klar sein: In die Preußenregierung kommen sie nicht, ohne das Fegfeuer der Volksbefragung durchschritten zu haben. Dann aber erst recht nicht.

Vor dem Rücktritt Caillaux?

Die Krisengerüchte erhalten sich.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt Caillaux hat neue Nahrung erhalten durch eine neue Konferenz, die am Donnerstagabend Ministerpräsident Painlevé mit dem Finanzminister gehabt hat. Diese Aussprache, die nicht weniger als drei Stunden dauerte, hat ausschließlich der Erörterung der finanziellen Sanierung und dem Programm Caillaux gegolten. Der „Quotidien“ glaubt zu wissen, daß es zwischen Painlevé und Caillaux darüber zu sehr tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten gekommen sei. Unter diesen Umständen sieht man dem Ministerrat am Freitag mit großer Spannung entgegen, und ein Teil der Morgenblätter gibt der Vermutung Ausdruck, daß, wenn es nicht gelänge, die vorliegenden Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, Caillaux vielleicht schon heute seine Demission geben werde. Auch von der Möglichkeit eines Rücktritts des gesamten Kabinetts ist verschiedentlich die Rede.

Der mazedonische Grenzkampf.

Bulgarien nimmt das Ultimatum an?

London, 23. Oktober. (U.P.) „Daily Express“ meldet aus Athen, der bulgarische Gesandte habe dem Ministerpräsidenten General Pangalos mitgeteilt, die bulgarische Regierung nehme die Bedingungen des griechischen Ultimatum an, d. h. erstens offizielle Entschuldigung für die Angriffe auf den griechischen Grenzposten, zweitens Bestrafung der Schuldigen, drittens Bezahlung einer Entschädigung von 20000 Pfund.

Die Landtagswahlen in Baden.

Abrechnung mit dem Rechtskurs.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Der Freistaat Baden wird mit der Stadt Berlin der erste größere Wahlkörper in Deutschland sein, der nach der Entscheidung von Locarno zu einer Kundgebung seines politischen Willens berufen ist. Und es ist begreiflich, daß man deshalb dem Ausfall der badischen Landtags- wie der Groß-Berliner Gemeindevahlen in den weitesten Kreisen des Reiches mit Spannung entgegenfieht. Es wird sich dabei zudem um die Feststellung handeln, inwieweit im Reich die großen innerpolitischen Entscheidungen und schweren Kämpfe der seit der Hindenburg-Wahl verstrichenen sechs Monate, die Entlarung des deutschnationalen Erfüllungs- und Aufwertungs-schwindsels, der Steuer- und Zollpolitik der Rechtsparteien und des Zentrums, die Behandlung der Beamtenforderungen usw., die politische Einstellung der Wählerschaft beeinflusst und zu einer Veränderung des Stärkeverhältnisses der Parteien geführt haben.

Es ist erklärlich, daß nach Lage der Dinge die Reichspolitik im badischen Landtagswahlkampf eine entscheidende Rolle gespielt hat. Sehr zum Leidwesen freilich der Rechtsblöcker und Zentrums. Daß die Sozialdemokratie deren brünstigen Flehen nicht erhörte, das, „was in Berlin geschah“, doch aus dem badischen Wahlkampf hübsch herauszulassen, ist begreiflich. Und die Rechten sind denn auch in den letzten Wochen in Baden gehörig mit den Ruten gezüchtigt worden, die sie im Reich für das Volk gebunden hatten. Aber auch dem Zentrum bekam seine Volkspolitik vom Hochsommer sehr übel.

Die Warnung durch den Austritt Dr. Births aus dem Reichstagszentrum kam für die badischen Wahlen gerade noch zur rechten Zeit. Längst hatte man gemerkt, daß es der Zentrumsleitung im „Musterlande“ in der Koalitionsgesellschaft mit der Sozialdemokratie nicht mehr recht wohl war, und daß sie, wie im Reich unter dem Einfluß der Herold, Stegerwald usw., nach rechts drängte. Zum mindesten, um neben der Sozialdemokratie auch noch die Deutsche sogenannte Volkspartei in die Regierung mit hineinzubekommen. „Dedung nach der protestantischen Seite hin“ nennt man das im politischen Jargon des badischen Zentrumshef, des Freiburger Prälaten Dr. Schofer. Wer die Deutsche Volkspartei aber, von Berlin her, etwas genauer kennt, der weiß, daß, wenn sie sich auch zu einem beratigen „großen Koalitions“-Experiment zunächst hergab, sie damit ohne jeden Zweifel den Hintergedanken verband, so rasch als möglich die Deutschen nationalien hinter sich heranziehen. Und daß die Sozialdemokratie in demselben Augenblick zur linken Tür der Koalitionstube hinausgehen würde, in dem zur rechten die Kampfisten hereintämen, darüber kann doch wohl weder in Baden noch außerhalb jemand im Zweifel sein.

Es drohte unter solchen Umständen der politischen Zukunft unseres Landes immerhin eine gewisse Gefahr. Die Art nun, wie das Gros der badischen Zentrumsanhänger auf den demonstrativen Schritt Dr. Births reagierte, und die „Fraktur“, in der sie auf der genannten Offenburger Tagung der Parteileitung ihre Meinung unter die Augen hielt, hat diese Gefahr sichtlich gemildert. Gerade in den allerletzten Tagen, in denen die sozialistische Presse des Landes auf Klarheit über die Pläne des Zentrums hinsichtlich seiner Stellung zur Regierungsfrage nach den Neuwahlen drängte, ist ein deutlicher Umschwung in den Intentionen Dr. Schofers offenbar geworden. Er sah die Sozialdemokratie jüngst in der großen politischen und taktischen Kundgebung, zu der er sich den Nibelungenjaal des hiesigen Rosengartens ausgewählt hatte, mit auffällig zarten Händen an, während er den politischen Nachfahren der alten badischen Nationalliberalen, die sich jetzt in der Curtius-Partei zusammengefunden haben, recht bittere und wenig versprechende Wahrheiten sagte. Vielleicht hat ihn dazu im allerletzten Augenblick auch noch der auffällig schlechte Verlauf der Versammlung bestimmt, aus dem der Zentrumschef, wie aus den oben erwähnten Vorgängen in Offenburg, gemerkt haben mag, daß er seine Anhänger nicht mehr so folglos an der Hand hat, wenn er von der Birth- in die Fehrenbach-Dire der Reichspolitik einschwenken wollte.

Ein schwache Seite hat die Rechnung der Weimarer Koalitionsparteien in Baden freilich: die bürgerlichen Demokraten, die im Lande von Wahl zu Wahl weniger werden und dadurch das Zentrum immer wieder zur Umschau nach einem Ersatz zwingen. Bringt uns der 25. Oktober gar eine erheblich stärkere deutsch-volksparteiliche als deutsch-demokratische Fraktion in den Landtag — zuletzt waren es sieben Demokraten und fünf Volksparteiler —, so wird die Veruchung im Zentrum, nun die Curtius-Beute, als die drittstärkste Partei im Lande, in die Koalition hereinzunehmen, zweifellos eine erhebliche Verstärkung erfahren. Und daß die letztere die Aufforderung zum Eintritt in die Regierung nach dem 25. Oktober erwartet, das geht schon aus dem Umstand hervor, daß sie die Einladung von rechts, von den Deutschnationalen her, mit in den „Badischen Rechtsblock“ einzutreten, den diese mit dem Landbund gebildet haben, ohne langes Besinnen abgelehnt hat. Die Volksparteiler haben sich offenbar gesagt, daß ein solcher Rechtsblock in der Regierung auch für das Zentrum eine zu starke moralische Belastung wäre, und so zogen sie es vor, sich das deutschnational-bündlerische Gewicht vom Hals zu halten, um sich der Schofer-Partei nach der Wahl in ihrer ganzen nationalliberalen „Reinheit“ zur Aufnahme in die Regierung präsentieren zu können.

Wie im Falle der Bereitwilligkeit des Zentrums, auf dieses Angebot einzugehen, die Dinge sich bei der Regierungsbildung praktisch gestalten werden, das ist heute noch nicht gut zu übersehen. Zwar ist die Stellung der Volkspartei in der Frage des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie in der Regierung durchaus nicht einheitlich; es gibt unter ihnen warme Befürworter und starke Gegner. Der Umstand aber, daß gerade an den Spitzenstellen der völkerechtlichen Wahlvorschlagslisten, also dort, wo die Wahlausichten am günstigsten sind, schroffe Gegner der Sozialdemokratie stehen, Leute, wie der Freiburger Oberstaatsanwalt Obkircher, die in aller Form den Hinauswurf Kemmels aus dem Innenministerium betreiben und sich in ihrer ganzen Einstellung von den Deutschnationalen nur wenig unterscheiden, — dieser Umstand scheint dafür zu sprechen, daß es zu schweren Komplikationen kommen würde, wenn das Zentrum nach dem 25. Oktober auf eine Neuordnung der Dinge in der Regierung drängen sollte.

Die Arbeiterschaft unseres Landes ist sich dessen bewußt, daß die sicherste Gewähr für die Fortsetzung des streng republikanisch und entschiedenen sozial gerichteten Kurses, den das offizielle Baden seit 1919 steuerte, eine starke Sozialdemokratie ist, eine so starke Sozialdemokratie, daß ohne sie an ein reibungs- und rückschlagloses Regieren, wie es die letzten sechs Jahre im Lande ermöglichten, nicht zu denken ist. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, werden wir dieses Ziel am 25. Oktober auch erreichen. Ueber 34 Sitze verfügte in dem letzten Landtag das Zentrum, 21 gehörten der Sozialdemokratie, dazu die 7 Demokraten, das sind für die Weimarer Koalition nicht weniger als 62 von insgesamt 86, also ziemlich genau eine Dreierdrittelmehrheit. Rechts davon standen 5 Volksparteier, 7 Deutschnationale, 8 Landbund- und Hausbesitzervertreter, und 4 Kommunisten. Es besteht die Aussicht, durch eine Vermehrung der sozialistischen Mandate um 2 bis 3 bei gleichzeitiger Schwächung der Zentrumsfraktion um dieselbe Zahl das Gewicht unseres moralischen Einflusses in der alten Koalition derart zu verstärken, daß gegen unseren Willen die Hereinnahme der Volkspartei in die Regierung vom Zentrum nicht forciert wird. Rein zahlenmäßig wird auch im neuen Landtag die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Weimarer Koalition unter allen Umständen bestehen. Wir hoffen von den badischen Bahnen aber mehr: sie sollen zu einer derart deutlichen und eindrucksvollen Bekundung des republikanischen Volkswillens und der Ablehnung des Berliner Rechtskurses werden, daß sie auch auf das, was künftig im Reiche geschieht, nicht ohne günstigen Einfluß bleiben.

Deutschnationale Gewissensnöte.

„Völkischer Reichsausschuß“ der Deutschnationalen gegen die Parteiführung.

Während die deutschnationale Reichstagsfraktion eine Entschliebung faßt, die so aussieht, als ob ihre Verfasser das Werk von Locarno in Grund und Boden verdammen wollten, zieht der sogenannte „Völkische Reichsausschuß der deutschnationalen Partei“ ganz scharfe Register auf. Dieser Ausschuß, eingeleitet, um die Konkurrenz der Graefe-Hilber-Lubendorf zu zerschlagen und die deutschnationale Judenfeindschaft trotz Quaal rein und unzerfälscht zu erhalten — dieser Ausschuß veröffentlicht über den Pakt von Locarno eine umfangreiche Resolution, der wir diese Sätze entnehmen:

1. Der Widerruf der deutschen Schuld am Kriege ist von den Feindmächten nicht anerkannt worden. Die Antworten der Alliierten haben die Beschuldigung vielmehr ausdrücklich aufrecht erhalten. Die Abmachungen von Locarno nehmen außerdem mehrfach bezug auf den Vertrag von Versailles, der sich auf der Kriegsschuldfrage aufbaut. Somit ist die von der deutschen Regierung aufgestellte Voraussetzung für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht erfüllt.

2. Artikel 1 des Westpakt garantiert den Status quo und die Unverletzlichkeit der Westgrenzen gemäß dem Vertrag von Versailles. Eine Kündigung ist für Deutschland nach der Fassung des Artikels 8 praktisch ausgeschlossen. Der Westpakt läuft also in seiner Auswirkung auf einen Verzicht auf deutsches Land aus. Es wird ein Spiel mit Worten getrieben, das über den Sinn hinwegtäuschen soll. . . .

3. Nach der Erklärung zum Artikel 16 der Völkerbundscharta bleibt die Entscheidung über die militärische Leistung Deutschlands im Fall von Verwicklungen und darüber, welches „Maß mit der militärischen Lage verträglich ist und einer geographischen Lage Rechnung trägt“, nicht der deutschen Regierung in pflichtmäßigem Ermessen gegenüber dem deutschen Volke überlassen, sondern liegt bei den Alliierten. Die Gefährlichkeit des Artikels 16 ist sonach für Deutschland nicht beseitigt. . . .

4. Die hinsichtlich des Rheinlandes und des gesamten besetzten Gebietes von Deutschland aufgestellten Voraussetzungen sind nicht erfüllt, sondern werden nur noch als zu erhoffende „Rückwirkungen“ bezeichnet. Nicht einmal die Räumung der Kölner Zone, auf die wir seit dem 10. Januar 1925 rechtlichen Anspruch haben, ist gesichert, geschweige denn, daß sie sofort erfolgt. Die deutsche Delegation hat sich wiederum in eine Lage drängen lassen, in der sie genötigt war, die deutschen Leistungen, nicht aber die Gegenleistungen der Entente festzusetzen. Ueber diese sind keine bindenden Abmachungen getroffen worden. Rindliche Zusagen sind nach den Erfahrungen der letzten Jahre wertlos.

5. Die Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei sind nicht geeignet, über die Tatsachen hinwegzutäuschen, daß auch die Ostgrenzen garantiert werden sollen. . . .

Der völkische Reichsausschuß steht daher die von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion aufgestellten Voraussetzungen nicht als erfüllt an. Das Ergebnis von Locarno raubt, wenn es Rechtskraft erlangt, dem deutschen Volke die Möglichkeit selbständiger Außenpolitik und bedeutet völkische Selbstauflösung. Der völkische Reichsausschuß fordert von Parteiführung und Reichstagsfraktion die sofortige Ablehnung der Verträge von Locarno im ganzen, da die ne varietur-Klausel Änderungen ausschließt.

Man kann, wenn man diese Entschliebung gelesen hat, nicht mehr daran zweifeln, daß die Deutschnationalen die volle Tragweite des Vertrags von Locarno kennen. Sie wissen, daß das Inkrafttreten dieses Vertrages eine völlige Wendung in der Beziehung der Staaten zu einander bedeuten werde. Sie wissen, daß nach Inkrafttreten dieses Vertrages ihr Säbelraseln und ihre Revancheideen aufhören, daß sie Außenpolitik auf dem Boden völlig friedlicher Verständigung treiben müßten, daß über die Grenzen des gegenwärtigen Deutschlands hinaus gemeinsame Interessen der beteiligten Länder und damit Europas zu pflegen sind.

Diese geschichtliche und zukunftsreiche Bedeutung des Nie-wieder-Krieg-Vertrages von Locarno ist den Deutschnationalen in voller Tragweite bekannt. Es sind Beauftragte ihrer Regierung gewesen, die diesen Vertrag „paraphiert“ haben. Sie werden deshalb Mann für Mann für den Vertrag stimmen. Sie werden nach Kanossa gehen, trotz ihres völkischen Reichsausschusses! Sie werden mit allen Mitteln suchen, an der Regierung zu bleiben! Diesem Zweck wird alles untergeordnet!

Fememorde und Reichswehr.

Ueber die Ermordung des Schützen Pannier berichtet die Korrespondenz BS. folgende weitere Einzelheiten:

Pannier, der bekanntlich Schütze in der Maschinengewehr-Abteilung des schwarzen Regiments v. Senden war, hatte aus dem Benehmen seiner Vorgesetzten und Kameraden den Verdacht geschöpft, daß man etwas mit ihm vorhabe. Er beschaffte sich daher Zivilkleider und verließ heimlich die Unterkunft der 1. Kompanie in Döberitz, um sich in die elterliche Wohnung in Berlin zu begeben. Einige Tage später erschien dort ein Oberfeldwebel und ein Gefreiter des Regiments v. Senden mit dem angeblichen Auftrag, Pannier wegen Verdachts des Landesverrats zu verhaften. Eingeschüchert ging der junge Mann zunächst auch gutwillig mit,

rief dann aber beim Transport durch die Straßen Berlins einen Verkehrschauffeur um Hilfe an. Der Polizist hielt die beiden Soldaten mit ihrem „Häufchen“ an und transportierte alle drei trotz des heftigen Protestes des Oberfeldwebels zur Wache. Hier stellte es sich heraus, daß der Oberfeldwebel und der Gefreite im Besitze ordnungsgemäßer Ausweise der 3. Division waren. Gemäß bestehender Vorschriften benachrichtigte daraufhin die Polizeiwache das Wehrkreiskommando III in der Kurfürstenstraße und erhielt von dort die Befehle, die drei beim Wehrkreiskommando abzuliefern. Ein Schuttpolizist führte diesen Auftrag aus und übergab Pannier mit seinen Begleitern einem Offizier in dem betreffenden Kommando, an den man ihn gewiesen hatte. Dieser Offizier war kein anderer als Oberleutnant Schulz, der sich bei der genannten Behörde als Leiter der Arbeitskommandos betätigte. Schulz sorgte für schleunigen Abtransport Panniers nach Döberitz, und wenige Tage später war der Fememord an dem Schützen vollzogen.

Die „Völkische Zeitung“ veröffentlicht in dieser Angelegenheit übrigens die Zuschrift eines ehemaligen Offiziers, der einer Abteilung Oberleutnants Schulz zugeteilt war. Dieser Offizier hat schon im Oktober 1923 das Wehrkreiskommando III vor der gefährlichen Person des Oberleutnants Schulz gewarnt. Vergeblich! Man fertigte den Warner mit den Worten ab: „Es liegt kein Grund zu Befürchtungen vor“, und Schulz konnte seine Tätigkeit als Organisator von Fememorden und Putschien fortsetzen!

Richtergeist.

Ein Einspruch des Preussischen Richtervereins.

Der Preussische Richterverein läßt zur Ernennung bei Genossen Kröner zum Obergerichtspräsidenten eine längere Erklärung los, die mit folgendem Protest schließt:

Die preussischen Richter erheben zur Wahrung der Rechtspflege und des Rechts, im Interesse des Volksganzen und des Staatswohles gegen die Ernennung Krönners zum Obergerichtspräsidenten ernstlichen Widerspruch.

Die Erklärung kennzeichnet den Geist, der den Richterverein beherrscht. Wo blieb der Richterverein, als das standesmäßige Urteil im Magdeburger Prozeß eine spontane Bewegung auslöste, der auch Reichsregierung und Reichspräsident Rechnung trugen, indem sie durch einen demonstrativen Besuch beim Reichspräsidenten Ebert zum Ausdruck brachten, daß sie sich mit dem Urteil nicht identifizieren? Wo blieb der Verein, als sich eines seiner Mitglieder, Herr Beiner, die unglaublichen Angriffe auf Staat und Regierung erlaubte, wo blieb er, als ein Hamburger Einzelrichter ein Urteil fällte, das selbst vom Zentrum als Kulturkampfsjustiz bezeichnet wurde, wo blieb er bei den zahlreichen Tendenzurteilen gegen das republikanische Reichsbanner?

Wenn dem Preussischen Richterverein wirklich die „Wahrung der Rechtspflege und des Rechts im Interesse des Volksganzen und des Staatswohles“ am Herzen läge, dann hätte er allen Anlaß, gegen die Voreingenommenheit einer ganzen Anzahl seiner Mitglieder einzuschreiten und dafür zu sorgen, daß die Gerichte und ihre Organe nicht in einem Sinne Recht sprechen, der nicht nur dem Geiste der Reichsverfassung und der Republik Hohn spricht, sondern auch gegen die Grundbegriffe einer objektiven Rechtspflege verstößt. So lange sich der Preussische Richterverein mit dieser Art Rechtspflege identifiziert, fehlt ihm jede Berechtigung, im Namen des Volksganzen und des Staatswohls zu sprechen und sein Protest zeigt nur, daß der Innenminister Recht daran hat, einen Mann zum Obergerichtspräsidenten zu ernennen, der sich mit Leidenschaft gegen eine Rechtspflege wendet, die man nicht anders als schwarzweiße Klassenjustiz bezeichnen kann.

Macdonald auf dem Wege nach Berlin. Bei seiner gestrigen Ankunft in Prag wurde Macdonald von dem Vertreter des Präsidenten der Republik und verschiedenen anderen hohen Staatsbeamten auf dem Bahnhofe empfangen. Macdonald begab sich nach einer Begrüßungsansprache sofort zum Hotel. Heute Abend wird er nach Berlin weiterreisen.

Der polnische Auffstands-Kriegerverein möchte gern auch in Deutsch-Oberschlesien verbreitet sein. Präsident Calonder hat aber jetzt entschieden, daß die deutsch-oberschlesischen Behörden die Zugehörigkeit zu diesem Verein mit Recht verbieten, somit auch verfolgen können.

Woran erkennt man ihn?

Von Paul Gutmann.

Tituliert ist einem zumute, als verstünde man die Welt nicht mehr. Das Grausen packt einen, wenn, wie Schopenhauer sich ausdrückt und wie es oft der Fall ist, der Satz vom zureichenden Grund eine scheinbare Ausnahme erfährt. So dieser Tage, als man in der Zeitung las, daß ein polnischer Arbeiter für das gleiche Verbrechen: Todschlag an der Geliebten oder Ehefrau, das einem akademisch gebildeten Mann drei und einhalb Jahre Gefängnis eingebracht hat, zu zehn und einhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Der Arbeiter hatte die Tat reumütig bekannt, während der Doktor und ehemalige Offizier kein Opfer in kaltblütiger, raffinierter Weise munitisiert und verurteilt hatte. Die beiden Täter gehören nach den ergangenen Gerichtsurteilen offenbar zwei verschiedenen Welten an und mußten demnach verschieden beurteilt werden.

Als ich auf dem Wege durch die Stadt über diese unbegreifliche Verschiedenheit noch kopfschüttelnd nachdachte, fiel mein Blick auf das Schild eines Stiefelpuhers: „Am Schuhwerk erkennt man den Menschen.“ Im Märchen ereignet es sich bisweilen, daß die Stimme eines Geistes in tiefer Birnis eine plötzliche Erleuchtung bewirkt. Die Griechen der Verfallzeit hörten aus dem Nichts eine Stimme: „Der große Pan ist tot“, und nun wußten sie, daß ihre antike Herrlichkeit zu Ende sei. Ähnlich wirkte dieses Schild auf mich. Alles, was ich bisher geglaubt hatte, war offenbar Unwissenheit gewesen. Wie hatte ich mich gemartert, um über das Problem des Menschentums Klarheit zu gewinnen. Wie einfach lagen doch in Wirklichkeit die Dinge! Kürzlich las ich an allen Ecken und Enden den Satz: „Der Hut macht.“ Aber das erschien mir in meiner eingewurzeltsten Steppe nicht richtig; denn ich hatte viele Ehrenmänner gekannt, unter deren hohen Hüten die niedrigsten Gedanken wohnten. Hier jedoch, aus dem Schild des einfachen Stiefelpuhers, schien mir plötzlich jene Volksstimme zu reden, die bekanntlich Gottes Stimme ist.

„Am Schuhwerk erkennt man den Menschen.“ Woran sollte man ihn auch sonst erkennen? Die größten Lumpen heucheln Nächstenliebe, wenn es um ihren Vorteil geht, die ärgsten Verwäter täuschen Vaterlandsliebe vor, Lustspiele und Trauerspiele handeln fast von nichts anderem als von der Unmöglichkeit, seine Mitmenschen rechtzeitig zu erkennen. Hat man aber einmal den Faden gefunden, der einen im Labyrinth des Lebens zurechtweist, so ist alle Gedankenqual überflüssig. Ein Blick auf die Fußbedeckung zeigt einem, woran man ist. „Zeigen Sie Ihre Stiefel!“ wird in Zukunft der Richter dem Angeklagten sagen müssen. Es wird sich ja dann zeigen, ob es die feinen Theoremschuhe sind, die ins Gefängnis oder gar zur Freiheit führen oder die ausgetretenen und verwahrlosten Rindsledernen, auf die Zuchthaus führt. Wir werden uns in Zukunft vor einem Menschen, der schiefe Absätze trägt, mehr hüten als vor einem, der uns belogen hat. Leute mit Lackstiefeln untadeligster Form

werden wir mit verdienter Auszeichnung behandeln, während ein Individuum, sei es ein Dichter oder sonst ein Würdiger, mit totigen Trettern unserer Misachtung sicher sein kann. Armut und Unbildung, die zu dem unästhetischen Anblick eines verwahrlosten Schuhwerks führen, sind naturgemäß schlimmere Vergehen als die raffiniertesten Laster eines elegant Beschuhten. Wir leben in einer Zeit, wo der gute Schein alles und das Wesen nichts ist. Puhlen wir also unsere Schuhe auf Hochglanz und nehmen wir uns vor den Kostspieligen in Acht, die unserem sozialen Ansehen Schaden zufügen könnten.

Schlesiens zweite Großstadt.

Eine neue schlesische Großstadt ist im Werden begriffen, die im Grunde genommen jetzt schon vorhanden ist und nur noch der formalen Zusammenfassung zu einer einzigen Gemeinde bedarf. Es ist die Kohlenstadt Waldenburg i. Schl. Der Mittelpunkt des Waldenburger und Niederschlesischen Steinkohlenreviers. Von Anfang an ist die Stadt Waldenburg der tanangebende Ort dieses stark bevölkerten Reviers gewesen. Unmittelbar anschließend entwickelten sich die großen Industriedörfer Ober-Waldenburg und Dittersbach, Alt-Waldenburg und Sandberg, ein Stück nur entfernt von der Stadt die Industriedörfer Nieder- und Ober-Hermsdorf, Hellhammer, Nieder- und Ober-Salzbrunn und hierzu kommt noch die Kohlenstadt Gottesberg mit dem benachbarten Grubenort Roschenbach, kommt ferner das weitbetannte Hals- und Rehltpfahd Salzbrunn. Alle diese Orte zusammen bilden das Waldenburger Revier, fast alle hängen untereinander oder mit dem Zentralort Waldenburg zusammen und stehen in lebhafter Verbindung durch zwei lange, an den „Berghäusern“ in Waldenburg sich kreuzende Straßenbahnlinien, durch zwei Reichsbahnlinien, die in großen Schleifen mit einer ganzen Anzahl von Bahnhöfen das Revier durchziehen und demnach auch durch eine Autobuslinie. Waldenburg zählt jetzt mit den in seiner Nachbarschaft gelegenen Orten, die als seine Vororte anzusehen sind, rund 150 000 Einwohner.

Den Hauptteil dieser bedeutenden Bevölkerungsmasse stellt der Steinkohlenbergbau, der keine Belegkassen, mit Einschluß jener vom angrenzenden Neuroder Bezirk von 27 000 im Jahre 1913 auf 44 000 im Jahre 1922 vermehrte. Seitdem ist diese Zahl aber noch erheblich gewachsen, denn die Neuanlagen von Schächten schreitet dauernd fort; ebenso erweitern sich diese Werke von Jahr zu Jahr durch Angliederung von Kokereien und anderen Anlagen zur Verwertung der Nebenprodukte der Steinkohle. Daneben besitzt dieser niederschlesische Industriebezirk auch noch eine umfangreiche Industrie; besonders stark vertreten ist die Porzellan-, Glas-, Textil-, Metall- und chemische Industrie, von denen besonders die letztere Weltruf besitzt. Diese Industrien beschäftigen allein im Kreise Waldenburg rund 20 000 Arbeitskräfte. Es kommt noch hinzu, daß in größter Nähe Groß-Waldenburg die Uhren- und Feinmechanikindustrie Freiburger, sowie das industrielle Bad Charlottenbrunn liegen, die durchaus zum Groß-Waldenburger Wirtschaftsbezirk gehören. Die neue Großstadt Waldenburg, die in absehbarer Zeit auf den Plan treten wird, ist tatsächlich aber heute schon vorhanden, ist, wird in Schlesiens unmittelbar nach Breslau, also auch vor der bisher zweitgrößten Stadt Schlesiens, vor Görlitz, rangieren. Das Waldenburger

Revier weist bereits jetzt eine musterhafte Gebirgsquellwassererfassung eine ebenso großartige Elektrizitäts- und Gasversorgung auf. Waldenburg selbst besitzt umfangreiche, wohlgeplante Bergparianlagen, ein hervorragendes sinfonisches Orchester und wird sich demnächst für 1 Million Mark eine Stadthalle bauen. In weiterer Aussicht sind der Bau eines Stadttheaters und eines Krematoriums.

Die Operette des Moskauer Künstlertheaters. Das Gastspiel der Moskauer im Berliner Theater brachte als dritte Gabe Lecocqs selbstbekannte Operette die Tochter der Madame Angot. Da sie in Berlin gleichzeitig im Metropol gegeben wird, lassen sich interessante Vergleiche ziehen. In Deutschland ist sie immer noch die Operette: Musik, Ausstattung, großer Chor sind die Hauptsache. Das Künstlertheater legt das Hauptgewicht auf die schauspielerische Darstellung. Es macht aus der Operette ein Schauspiel mit Witz. Da es keine neue dramatische Kunst vorfindet und traditionell gebunden ist, will es die alte wenigstens in neuer Form geben. Aber da es mit der revolutionären Grundstimmung rechnen muß, modelt es den Text nach dieser Richtung. Der Straßensänger Ange Pitou wird zum Helden und nach ihm wird die Operette umgenannt. Die Verpottung des konterrevolutionären Direktoriums von 1797 wird zur politischen Leitidee und aus dem heiteren Spiel wird eine ernste Affäre. Sei es! Die Operette verliert, obwohl die Musik geblieben ist, — aber die dramatische Ausgestaltung gewinnt, die Schürzung des Konflikts wird anschaulich gesteigert, aus den singenden Puppen werden Menschen. Vor allem wird der Chor individualisiert. Jede Figur ist herausgearbeitet, jede bedeutet etwas und greift lebendig ein. Keine Massenwirkung, aber das Pariser Kleinbürgerium wird höchst lebendig. Der Regisseur Nemirovitch-Dantchenko stellt Bühnenbilder hin, die im Gedächtnis haften und tout in den Aktschlüssen, wo alles zum lebendigen Bild erstarrt, prachtvoll durchkomponierte Gruppen. Kupferstiche der Zeit haben ihn ungeregt und getreulich schafft er sie nach. Die historische Treue in allem Anschaulichen ist gewahrt, ein konservatives Prinzip herrscht vor. Aber der Geist ist revolutioniert. Lohnt sich das bei einer Operette, deren spezifische Qualitäten dabei zu kurz kommen? Es liegt hier eine notwendige Anpassung an das neue Regime in Russland vor, das die künstlerische Weiterarbeit ermöglichte. Politisch und selbst wirtschaftliche Revolutionen zeugen noch nicht alsbald eine neue Kunst, wenn sie auch die Sehnsucht danach erwecken.

Aus der reizenden kleinen Blumenhändlerin machte die Remarsaja eine ernste Tochter des Volkes, und Z. W. Kabanoff kann als Straßensänger unserer Tendenz zeigen, wie man diese Operettenrolle vermenschen kann. Ganz großes Format zeigte die Baklanowa als Schauspielerin Lange. Prachtvoll ist die Einzelarbeit in der Herausarbeitung der Masken bei den Repräsentanten des Direktoriums (besonders des fuchsnasigen Politikers Louhard)! — Das Verdienst der Russen bleibt, altes Stagnierendes in neuen Fluß gebracht zu haben.

Vorträge. Am Sonnabend, den 24. Oktober, 8 Uhr, wird im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Prof. Dr. August Keller über „Der ethische Realismus“ und eröffnet damit die Vortragsreihe der Comenius-Gesellschaft.

Vollst. überredend. Am 24. abends 8 Uhr, werden im Weimarer, Köthener Straße, Will Hese (ehemals Staatsoper) und Maria Renom, am Flügel begleitet von Edith Heller, altdeutsche Volksballaden sowie Stücke aus „Des Knaben Wunderhorn“ zum Vortrag bringen.

Justizetat im Landtag.

Völkische Lügen unter dem Schutz der Immunität.

Bei Beginn der heutigen Sitzung des Landtags benutzte der völkische Abg. Gieseler den Schutz der Immunität, um noch einmal seine Beschuldigungen gegen den Wohlfahrtsminister Hirscher zu wiederholen, wonach der Minister in Wien in Gesellschaft von Freudenmädchen gesehen worden sei. Herr Gieseler behauptete, daß er seine Mitteilungen nicht von Spitzeln, sondern von ehrenwerten und angesehenen Wiener Männern habe, die ihm ausdrücklich den Sachverhalt so bestätigt hätten, wie er ihn vorgebracht habe. Statt nun in der Deffentlichkeit seine Beschuldigungen gegen den Minister zu wiederholen, damit man auch die „ehrenwerten Männer aus Wien“ kennenlerne, verlangte Herr Gieseler allen Ernstes, der Minister solle die in der Abwehr auf die Beschuldigungen gefallenen, angeblich beleidigenden, Äußerungen außerhalb des Hauses noch einmal machen, damit er den Minister gerichtlich belangen könne!

Ohne Aussprache wurde in einer Reihe von Fällen die Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten verweigert. Dem Ausschuss überwiesen wurde der Geselentwurf über die Vereinigung der Landgemeinde Campe mit der Stadt Stade.

Darauf wird die allgemeine Aussprache zum Justizhaushalt fortgesetzt. Abg. Menzel-Halle (Komm.) bringt eine Reihe von Beschwerden über die Behandlung von politischen Gefangenen vor und erklärt, daß die Zahl der unteren Beamten in den Gefängnissen nicht groß genug sei.

Staatssekretär Frihe erklärte, daß die Frage der politischen Straftat in dem neuen Strafgesetzbuch eine neue Regelung finden werde. Das Justizministerium bemühe sich ernstlich, die Mängel im Strafollzug zu beseitigen. Ein anderer Vertreter des Justizministeriums gab eine eingehende Darstellung des Falles Elsel in Hirschberg in Schloffen, dessen Begnadigung der Landtag empfohlen hatte. Das Ministerium könne sich der Auffassung des Rechtsausschusses, daß eine Begnadigung notwendig sei, nicht anschließen.

Abg. Orzymel (Dem.) verlangt eine Änderung in der Personalpolitik beim Untersuchungsverfahren. Es werden häufig junge Assessoren, die nicht die geringste Erfahrung besitzen, mit der Leitung der schwierigsten Untersuchungen beauftragt. Die Staatsanwaltschaft lasse vielfach in den Verhandlungen ganz andere Beamte auftreten, als die die Untersuchung geführt hätten. Die allerhöchsten Staatsanwälte und Richter seien die sogenannten „Schneidigen Herren“.

Die Beratung geht weiter. Der Landtag wird sich heute bis Mittwoch nächster Woche vertagen.

Eine neue Niederlage erlitten heute die Rechtsparteien im Verfassungsausschuss des Landtags. Es lag ein Antrag von Campe (Dopl.) vor, wonach der Art. 45, Satz 1 der preussischen Verfassung dahin zu verstehen sei, daß nach jeder Neuwahl des Landtages auch eine Neuwahl des Ministerpräsidenten erforderlich sei. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag gegen die Deutsche Volkspartei und die Deutschenationalen abgelehnt.

In der Sitzung des Verfassungsausschusses gedachte der Vorsitzende Graf-Anklam des verstorbenen Mitglieds des Landtags Prof. Dr. P. r. e. u. h. Er hob seine Verdienste als Universitätslehrer, dessen Schüler er selbst gewesen, als Parlamentarier, als Mitarbeiter im Verfassungsausschuss und besonders als Reichs- und freundschaftlicher Berater in allen wichtigen Angelegenheiten hervor.

Die revolutionäre Phrase.

Gewehre und Stimmzettel.

In der „Roten Fahne“ wird unter dem Namen von Thälmann ein Aufsatz über „Die Lehren des Hamburger Aufstandes“ veröffentlicht. Der Aufsatz ist eine Aneinanderreihung von revolutionären Phrasen. Revolutionäre Situation, zum Gewehr greifen, die Ehre ist gerettet durch die Hamburger Preiskämpfer der Arbeiterklasse, der Hamburger Aufstand war eine Probe auf die zweite Revolution, es lebe der neue Hamburger aufstand von ungleich größerem Ausmaß.

Die revolutionäre Phrase soll bei den gläubigen Kommunisten den Glauben herbeirufen, daß die beschlossene neue Taktik unmittelbare Aufstandsbereitstellung sei. Je entschiedener die R.P.D. von Moskau auf die Tatsache eingestuft wird, daß die illusionären Hoffnungen auf bolschewistischem Umsturz in Deutschland vorbei sind, um so fruchtbarer wird der Rebel der revolutionären Phrase angewandt — die keiner ihrer Fabrikanten selbst glaubt, ausgenommen ihr Werkzeug Thälmann, denn was der alles glaubt, ist erstaunlich.

Die Lehren des Hamburger Aufstandes, die man in Moskau zieht, lauten nicht: das Gewehr ergreift! Ein Zufall — ist es ein Zufall? — hat sie bildlich zum Ausdruck gebracht. Auf der ersten Seite der „Roten Fahne“ liest man unter der Schlagzeile: Die Lehren des Hamburger Aufstandes: „Deine Stimme gehört der R.P.D.“

Die kommunistischen Aukuren lächeln: je kräftiger wir vom Gewehr reden, um so besser bleiben unsere Leute vielleicht beim Stimmzettel. Es lebe die revolutionäre Phrase vom Gewehr — aber um Gottes willen keine Gewehre, sondern Stimmzettel!

Die Rückwirkungen von Locarno.

Deutsche Note über die Entwaffnung.

Der deutsche Botschafter in Paris überreicht morgen der französischen Regierung eine Note, in der sie die letzte alliierte Note über die Durchführung der Entwaffnung beantwortet. Die deutsche Note stellt nicht mehr als die „geschäftliche Grundlage“ für die Besprechung mit Briand dar. Es besteht auch in amtlichen deutschen Kreisen kein Zweifel darüber, daß sich Briand für die großzügige Erledigung der noch bestehenden unwesentlichen Meinungsverschiedenheiten einsehen wird. Briand wird der Zusicherungen eingedenk sein, die er der deutschen Delegation über die Erledigung der Entwaffnungsnote im Geiste Locarnos gemacht hat. Immerhin macht sich, wie auch aus den Pariser Pressstimmen hervorgeht, der Widerstand der Militärs bereits bemerkbar. Wenn die Deutschenationalen gegen ihre eigene Regierung weiterhin eine Opposition treiben, die den Locarno-Vertrag in den Augen Frankreichs entwertet, dann werden sie im Verein mit den Militärs und den Nationalisten Frankreichs die deutsch-französische Verständigung über die Entwaffnung und die Adner Räumung erschweren.

Der Kriegsbegriff „Alliierte“ soll verschwinden!

London, 23. Oktober. (W.T.B.) Unter der Ueberschrift „Ein neues Kapitel in der Diplomatie“ veröffentlicht „Manchester Guardian“ einen Artikel seines Sonderberichterstatters, in dem es heißt: Die Ansicht, daß die psychologische Wirkung der Verträge von Locarno von größerer Bedeutung ist, als die technischen Einzelheiten, breitet sich immer weiter aus, und zwar nicht nur bei den Teilnehmern an der Konferenz in Locarno, sondern auch sonst. Der beste Beweis hierfür, daß sich die diplomatischen Kreise bereits eine Woche nach der Paraphierung, und zwar vielleicht etwas verfrüht, fragen, wie lange es nun noch dauern werde, bis auch Rußland in den Völkerbund eintritt. Das Wort „Alliierte“ ist jetzt aus dem Wörterbuch der europäischen Nachkriegsdiplomatie ausgemerzt worden und wird in den diplomatischen Notizen nie wieder erscheinen.

Einberufung des Völkerbundesrates.

Wegen des griechisch-bulgarischen Konfliktes.

Genf, 23. Oktober. (W.T.B.) Heute um 9 Uhr vormittags ließ im Völkerbundsekretariat eine telegraphische Note der bulgarischen Regierung ein, die um Intervention des Völkerbundes auf Grund der §§ 10 und 11 des Völkerbundesvertrages für den griechisch-bulgarischen Zwischenfall ersucht. Sir Eric Drummond setzte sich sofort mit dem Vorsitzenden des Völkerbundes Briand in Paris telefonisch in Verbindung. Es wurde beschlossen, eine außerordentliche Ratsitzung für Montag, den 26. Oktober, 4 Uhr 30 nachmittags nach Paris einzuberufen und alle Ratsmitglieder hierzu unverzüglich einzuladen. Die bulgarische Note gibt eine eingehende Darstellung der am 19. Oktober um 3 Uhr nachmittags erfolgte Grenzverletzung bei Demir Kapu durch die Griechen. Als Beweis dafür, daß die Griechen die Schuld an dem Zwischenfall tragen, weist die Note darauf hin, daß der erste Tote auf bulgarischem Boden fiel.

Griechenlands „friedliche Absichten“.

Athen, 23. Oktober. (W.T.B.) Wie amtliche Kreise mitteilen, hat die griechische Regierung, sowohl durch ihre diplomatischen Vertreter im Auslande als in Besprechungen mit den Vertretern der Mächte in Athen ihre friedlichen Absichten betont, die sie übrigens dadurch bewies, daß sie ihren Schritten bei der bulgarischen Regierung den Charakter eines Ultimatums zu geben vermied. Sie ist nach wie vor dazu bereit, einer friedlichen Lösung zuzustimmen, unter der Bedingung, daß ihr Ansehen durch die verlangte Genugtuung und die Zahlung eines Schadenersatzes, worauf sie zu bestehen entschlossen ist, gewährleistet werde. Derselbe Standpunkt wurde dem bulgarischen Geschäftsträger in Athen klargelegt, dem außerdem erklärt wurde, daß vor der Ausführung der in der griechischen Note enthaltenen Bedingungen und der Räumung des von den Bulgaren besetzten griechischen Postens jede Erörterung unnötig sei. (!)

Eine Eigenmächtigkeit des griechischen Militärs?

Athen, 23. Oktober. (W.T.B.) Der Oberbefehlshaber der griechischen Armee in Mazedonien telegraphierte: „Da die Bulgaren in der Gegend von Demir Hisar auf griechischem Gebiet standen, wurde ich, um die großen Verluste zu vermeiden, die ein Frontalangriff nach sich gezogen hätte, sowie aus anderen strategischen Gründen dazu gezwungen, meine Kräfte bis Petritsch und nördlich von Kula vorzuschieben, was die Bulgaren nötigte, das griechische Gebiet zu räumen.“ Die griechische Regierung erteilte darauf den strengen Befehl, den Vormarsch der Truppen einzustellen, falls die Bulgaren keinen neuen Angriff unternehmen.

Das Nürnbergger Schöffengericht verurteilte einen Wachtmeister der Landespolizei, der die schwarzrotgoldene Reichsfahne von einem Schulhause, in dem Landespolizei untergebracht war, herabstieß und verbrannte, zu der lächerlichen Strafe von 200 Mark.

Die Wahlkundgebung der „Frauenwelt“.

Am Mittwochabend strömten Scharen von Besuchern zu der für die Leserinnen und Freunde der „Frauenwelt“ veranstalteten Abendfeier im Saalbau Friedrichshain. Der mit Fahnen und Bannern schon geschmückte Saal bot einen anheimelnden Anblick. Genossin Lodenhagen wies einleitend auf den doppelten Zweck des Abends hin: Gemüt und Beschäftigung mit dem Wichtigsten, das uns bevorsteht, der Stadtverordnetenwahl. Dann lauschte alles atemlos den weichen Gesellungen. Armin Liebermann brachte, begleitet von Fräulein Emil Brandenburg, meisterhaft einige Stücke zum Vortrag.

Genossin Stadträtin Wehl zeigte in ihrer Ansprache den großen Aufgabenkreis der Gemeindegewinnung. Die Gemeindevermögen preisregulierend zu wirken. Ihr obliegt die Durchführung der Wohlfahrtsangelegenheiten. Von ihrer Einstellung hängt es ab, ob Unterstützung erst im letzten Augenblick gegeben wird, wenn es meist schon zu spät ist, oder ob vorbeugend fürsorge getrieben wird. In ihrer Hand liegt es, ob Hilfe als Gnade bewertet wird oder ob ein Anspruch darauf besteht. In Beispielen wies Genossin Wehl nach, wie unsere Genossinnen in vorbildlichem Sinne in der Gemeinde zu wirken versucht hätten und wie ihre Bemühungen teilweise von Erfolg gekrönt waren, teils an der Eifersüchlichkeit der Bürgerlichen scheiterten. Es gelang uns, verschiedene Vorteile für die Bedürftigen zu erreichen. Die Vorauszahlung bei der Krankenhausaufnahme wurde abgeschafft. Die Wädnerinnenbetten wurden vermehrt. Die ersten 14 Tage nach der Entbindung braucht die Mutter keine Verpflegungskosten für den Säugling mehr zu zahlen. Die Sätze für Kinder mit Geschlechtskrankheiten und Kinderkrankheiten sind ermäßigt. Dagegen gelang es nicht, ausreichende Mittel für Kindergärten und -kurse zu erlangen und des Wohnungselends Herr zu werden. Auch gelang es leider nicht, den mit Hilfe der Kommunisten durchgeführten Abbau des sozialdemokratischen Schuldezernenten Pausen zu verhindern. Gen. Wehl wies dann noch empört die Wahllüge der Bürgerlichen zurück, die behaupten, die Genossinnen Wehl schicke die Waisenkinder in Nachtcafés sammeln. Sie forderte die Frauen auf, daran zu denken, daß sie in erster Linie für ihre Kinder wählten, deren Zukunft sie durch jede Wahl bestimmen. Stürmischer Beifall antwortete den fesselnden Ausführungen.

Die Spielgemeinschaft der Jungsozialisten brachte dann 2 Szenen aus Toller's „Wandlung“ zur Aufführung, die die Zuschauer so in Bann zwangen, daß die Grenzen zwischen Darstellern und Publikum schwanden und der ganze Saal zu einer Erlebnisgemeinschaft verschmolz. In prachtvoller Stimmung schloß die Feier mit dem Gesang der Internationale.

Gräfin v. Bothmer im grünen Wagen.

Die Gräfin v. Bothmer ist nun zum ersten Male aus dem Gefängnis in der Lindenstraße in Potsdam dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Frau v. Bothmer bestieg in der Lindenstraße den grünen Wagen und wurde von dort zum Landgericht nach der Kaiser-Wilhelm-Straße gebracht, um dem Richter vorgeführt zu werden. Der Rücktransport geschah auf demselben Wege. Heute vormittag sollte die Untersuchungsgefängene ihre erste Freistunde auf dem Gefängnishof machen. Die Gräfin weigerte sich entrüftet, als ihr gesagt wurde, daß sie mit mehreren anderen weiblichen Gefangenen gehen müsse. Sie verließ daher lieber in ihrer Zelle. Außer durch ihren Hausarzt ist die Gräfin durch den zuständigen Gerichtsarzt von Potsdam untersucht worden. Sie ist durchaus hoffähig.

Das „Seil des Todes“.

Im Zirkus Busch ereignete sich bei der gestrigen Abendvorstellung ein schwerer Unfall der Artisten Kurt Sallen und Perloem, die allabendlich in ihrem Sensationsakt „Seil des Todes“ auftreten. Bei der Ausführung ihrer Todesensation, die darin besteht, ein Seil zu durchschneiden, damit die Brücke fällt, worüber sie mit ihren Hometrädern in die Tiefe sausen, verlagte die Zündung der Pistolen. Noch im Stürzen gelang es ihnen aber, das Seil zu durchschneiden. Es war aber schon zu spät und beide Artisten stürzten ab. Sallen erlitt einen schweren Oberschenkelbruch und Nierenverletzungen. Er wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungsdienstes in die Universitätsklinik eingeliefert. Perloem kam mit leichten Verletzungen davon.

Die „Vorstrafe“.

Ein Kriegsabenteuer und seine Folgen.

Als deutscher Soldat machte P. den Feldzug gegen Rußland mit. Im Kriegsgetümmel wurde er von seinem Truppenteil getrennt. Er bemühte sich, ihn wieder aufzufinden. Aber weit und breit war weder Freund noch Feind zu sehen. Auf seinem einsamen Marsch kam P. hungrig und erschöpft in ein vom Kriegslärm verschontes litauisches Dorf. In einem Bauernhause fand er Aufnahme und Pflege. Die Tochter des Hauses, ein hübsches junges Mädchen, bemühte sich besonders um das Wohl des Gastes und so kam es, daß sich zwischen den beiden jungen Leuten ein Liebesverhältnis entspann. Das Mädchen wollte nichts davon wissen, daß der Geliebte seinen Truppenteil aufsuche. Sie überredete ihn, im Dorfe zu bleiben. — In dem Kampf zwischen Liebe und Pflicht siegte schließlich, wie so oft im Leben, die Liebe.

P. blieb im Dorfe. Er wurde dort bald heimisch und gewann das Vertrauen der Einwohner in so hohem Grade, daß sie ihn zum Wojwoden (Ortsvorsteher) machten. Einundeinhalb Jahre währte das litauische Dorfleben ohne jede Störung. Dann zog ein deutscher Truppenteil durch das Dorf. P. wurde unter dem Verdacht der Spionage festgenommen. Bei dieser Gelegenheit machte er, um seine Fahnenflucht zu verdecken, unwahre Angaben über seine Person, vermittelte sich aber dabei derart, daß ihm die Todesstrafe als Spion drohte. Im sein Leben zu retten, wählte er das kleinere Übel. Er gab sich zu erkennen und wurde nun wegen Fahnenflucht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Als P. ein Vierteljahr seiner Strafe abgeleistet hatte, brach in Deutschland die Revolution aus. Es kam der Erlaß der Volksbeauftragten, der die Fahnenflüchtigen für straffrei erklärte. P. kehrte wieder in die Freiheit zurück und fand bald darauf eine Stellung als Gemeindegewinnung und Mitglied der freiwilligen Feuerwehr in Tempelhof. Nach der Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin wurde P. im Angestelltenverhältnis als Feuerwehrmann übernommen. Als ihm bei dieser Gelegenheit die Frage nach etwaigen Vorstrafen vorgelegt wurde, erklärte er, er sei nicht bestraft. Er handelte dabei in dem in Volkstreifen weit verbreiteten Glauben, daß eine durch Unkenntnis erlassene Strafe nicht mehr als Strafe gelte. Vor kurzem sollte nun P. als Feuerwehrmann in das Beamtenverhältnis übergeführt werden. Aus diesem Anlaß erkundigte sich die zuständige Stelle des Magistrats an amtlicher Stelle nach dem Vorleben des P. und nun wurde seine Bestrafung wegen Fahnenflucht bekannt. Diese Strafe und der Umstand, daß P. bei seiner Uebernahme in die Berliner Feuerwehr die Vorstrafe nicht angegeben, also unwahre Angaben über seine Person gemacht hatte, nahm der Magistrat zum Anlaß, die Stellung des P., der sich fast sieben Jahre im Gemeindegewinnungsdienst einwandfrei geführt hatte, zum 31. Dezember d. J. zu kündigen. Der Angestelltenrat erhob beim Gewerbegericht Einspruch gegen die Kündigung mit dem Erfolg, daß die Kammer 7 unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz den Magistrat verurteilte, P. als Feuerwehrmann weiter zu beschäftigen, oder ihm eine Entschädigung von 1230 M. zu zahlen. Die Urteilsbegründung lautet: Die rein politischen Momente, die bei dieser Angelegenheit mitwirken, scheiden für das Gericht aus. Es handelt sich um die Frage, ob der Kläger die Beklagte absichtlich getäuscht hat. Diese Frage hat das Gericht verneint. Mindestens ist dem Kläger eine Absicht der Täuschung nicht nachzuweisen. Nachdem ihm durch den Erlaß der Volksbeauftragten die Strafe erlassen war, konnte er des guten Glaubens sein, er brauche auf eine Frage nach seinen Vorstrafen diese Strafe nicht anzugeben. Wenn die Strafe unmittelbar nach der Einstellung des Klägers in die Feuerwehr der Verwaltung bekannt geworden wäre, dann hätte sich eine Entlassung vielleicht damit rechtfertigen lassen, daß man sagte, sein Vorleben beweise, daß er nicht die Person habe, um als Feuerwehrmann in Gefahr auszuhalten. Dieser Grund könne aber nicht mehr geltend gemacht werden, nachdem sich der Kläger, der fast sieben Jahre im Dienst der Gemeinde steht, keine Verletzung hat zuschulden kommen lassen, und durch seine Tätigkeit bewiesen hat, daß er die Person hat, um den Anforderungen, die an einen Feuerwehrmann gestellt werden, zu genügen.

Zum Selbstmord der Pflegerin Gasse.

Was geht in Buch vor?

Zu dem Selbstmord der Pflegerin Lina Gasse aus der Anstalt Buch, über den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ berichteten, wird uns vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mitgeteilt: Schon im Jahre 1921 hat sich in der Pfliegeranstalt Buch eine Pflegerin aus denselben Gründen das Leben genommen, die auch nach den hinterlassenen Aufzeichnungen für die Pflegerin Gasse Anlaß zu ihrem unglücklichen Schritt gewesen sind.

Schon damals scheint die Oberpflegerin R. das ihr unterstellte Personal in nicht gerade vorchriftsmäßiger Weise, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, behandelt zu haben und auch im vorliegenden Fall hat sich die Pflegerin G. des öfteren ihren Kolleginnen gegenüber über die Oberpflegerin beschwert. Die Ermittlungen, die der Betriebsrat durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden zur Aufklärung der Angelegenheit vornehmen ließ, haben zwar nach den vorliegenden Vernehmungsprotokollen den Nachweis erbracht, daß die Oberpflegerin ebenso wie auch der Oberarzt der betreffenden Station der Pflegerin G. ständig Schwierigkeiten machten. Die Anstaltsleitung hat aber bisher nicht die nötigen Schlußfolgerungen gezogen und die betreffenden Vorgesetzten zur Rechenschaft gezogen, sondern sie hat den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden am Donnerstag frühlos entlassen. Wie die Verwaltung diese Entlassung mit dem Betriebsratsgesetz, das für die Beurteilung der Stellungnahme des Betriebsrates und seines Vorsitzenden lediglich in Frage kommt, in Einklang bringen will, erscheint einigermaßen unverständlich. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende (der erste Vorsitzende ist zurzeit in Urlaub) soll, worauf sich die Verwaltung besonders beruft, für die Mitteilungen im „Vorwärts“ und in der „Roten Fahne“, die auf den Selbstmord der Pflegerin G. Bezug nahmen, der Verwaltung gegenüber verantwortlich sein.

Nach den angefertigten Ermittlungen und nach dem vorliegenden amtlichen Material hat der Betriebsratsvorsitzende immer nur im Auftrage des Betriebsrates gehandelt. Das Vorgehen der Anstaltsverwaltung erweckt aber durchaus den Anschein, als wenn sie sich in bezug auf das Verhalten des Vorsitzenden in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Betriebsrates vollkommen darüber klar ist, daß Einwände nicht zu erheben sind. In allen schriftlichen Mitteilungen hat man sich nämlich stets an den „Pfleger“ R. gewandt. Wenn dieser deshalb die Auskunft verweigert hat, so hat er durchaus richtig gehandelt. Die Verwaltung hat es auch nicht einmal für nötig gehalten, sich bei der Verdrigung vertreten zu lassen, was besonders von den Angehörigen der Vertriebenen bitter empfunden wurde.

Im übrigen wird die Untersuchung der Angelegenheit, die von den zuständigen Magistratsstellen bereits eingeleitet ist, die notwendige Klarheit nicht nur über das Verhalten des Betriebsratsvorsitzenden als Beauftragter seiner Körperschaft, sondern auch über die Vorgänge und über das Betragen der Vorgesetzten dem Pflegepersonal gegenüber bringen. Das ist das Wichtigste und Ausschlaggebende in der ganzen Angelegenheit. Die Deffentlichkeit hat durchaus ein Interesse daran, zu erfahren, ob es nötig war, daß die Angestellten durch die Behandlung der Vorgesetzten in den Tod getrieben werden mußten.

Sechs Bergleute tödlich verunglückt.

Dortmund, 22. Oktober. (W.T.B.) Heute morgen gegen 5 Uhr verunglückten auf der Schachtanlage Germania I/IV in Rarten bei Dortmund, 6 Bergleute tödlich. Sie hatten an einem Seil verbotswidrig einen Bildschacht befahren, wobei das Seil riß. Sämtliche Verunglückten stammen aus Rarten. Von ihnen waren drei verheiratet und drei ledig.

Gewerkschaftsbewegung

Merrheim gestorben.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Generalsekretär des französischen Metallarbeiterverbandes, Merrheim, einer der Vorkämpfer der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, ist am Donnerstag nach langer Krankheit gestorben. Der französische Gewerkschaftsbund widmet dem Verstorbenen im „Peuple“ einen warmempfundenen Nachruf, in dem hervorgehoben wird, daß Merrheim sein ganzes Leben lang ein Beispiel unermüdlicher Arbeit und anerkannter Selbstlosigkeit gegeben habe.

Merrheim war der beste Kopf der französischen Gewerkschaftsbewegung der letzten 25 Jahre. Er kam von der sozialistischen Partei, schwankte dann, wie fast alle Gewerkschafter Frankreichs, zu den Anarcho-Syndikalisten hinüber, deren Auffassung er mit ebensoviel Talent wie Leidenschaftlichkeit verfolgte.

Merrheim war aber einer der ersten, der die Schwächen des Syndikalismus erkannte. Er bemühte sich, diese Schwächen auszumergen und gab, zunächst wohl uneingestanden, nach und nach die Grundsätze des Anarcho-Syndikalismus preis. Der französische Metallarbeiterverband war einer der ersten, der nach dem Vorbilde der deutschen Gewerkschaften sich umgestaltete, geregelte Streik- und Arbeitslosenunterstützung einführte und auch die Verwaltung umgestaltete.

Die größte Bedeutung kommt Merrheim als Wirtschaftspolitiker zu. Mit einem außerordentlichen Fleiße und unermüdlicher Arbeitskraft hat er die wirtschaftlichen Zusammenhänge insbesondere der Metallindustrie studiert. Außer einer Anzahl von Artikeln, veröffentlichte er ein umfangreiches Werk über die Metallindustrie, sowie eine Reihe kleinerer Broschüren über das Taylor-System usw.

Merrheim war bei alledem nichtsweniger als ein Rurgewerkschafter. Er hat seine Aufmerksamkeit ganz besonders den internationalen politischen Vorgängen gewidmet. Als der Krieg ausbrach und fast alle Syndikalisten unter dem ungeheuren Druck der deutschen Kriegserklärung und der Verlegung der Neutralität Belgiens durch Deutschland ins patriotische Lager abgewandert, blieb Merrheim standhaft. Er wurde das geistige Haupt der linken Opposition innerhalb der Gewerkschaften und ist unter Einsetzung seines Lebens, mit Bourderon zur bekannten Konferenz von Zimmerwald gefahren. Seinem Einfluß ist es wesentlich zu danken, daß dann innerhalb der französischen Gewerkschaften schließlich ein Ausgleich auf einer mittleren Linie zustande kam, bevor noch die bolschewistische Zerfurchungsarbeit einsetzte.

Merrheim war es auch, der am klarsten die Gefahr voraussah, die der Arbeiterbewegung von Moskau drohte. Mit der ihm eigenen Leidenschaft studierte er nacheinander das russische Problem und die bolschewistischen Methoden. Vielleicht wäre der französischen Gewerkschaftsbewegung die Spaltung erspart geblieben, wenn Merrheim nicht schon von der unerbittlichen Krankheit erfaßt gewesen wäre und mit voller Kraft den bolschewistischen Phrasennebel durchleuchten hätte können. Wir grüßen den toten Kämpfer und sprechen den französischen Gewerkschaften unser tiefstes Beileid aus.

Unbefriedigender Schiedspruch.

Zür die städtischen Elektrizitätswerke.

Bei den heutigen Schiedsverhandlungen wurde nachstehender Schiedspruch gefällt:

Die bestehenden Lohnsätze werden mit Wirkung ab 5. Oktober um je 3 Pf. pro Stunde erhöht. Der Schiedspruch hat Geltung bis zum 31. Dezember 1925 und kann mit 14tägiger Frist gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so verlängert sich die Geltungsdauer um je vier Wochen. Nach den bestehenden tariflichen Bestimmungen ist der Spruch endgültig für beide Parteien bindend.

Für die privaten Elektrizitätswerke wurde am Dienstag ein Schiedspruch gefällt, der eine allgemeine Lohnhöhung von fünf Pfennig vorsieht.

Der Machtkampf gegen die Angestellten.

Der Tarifvertrag, den sich die Angestellten durch den Zusammenschluß in ihrer Berufsgewerkschaft errungen haben, ist besonders in neuerer Zeit vielfachen Anfeindungen ausgesetzt. Man geht sogar dazu über, die Entscheidungen behördlicher Schlichtungsstellen zu mißachten, verbindlich erklärte Schiedsprüche auf dem Rechtsweg anzufechten. So hat der Verband Berliner Metallindustrieller gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch Feststellungsfrage erhoben,

weil angeblich Vorschriften des Verfahrens verletzt worden sind. Weiter geht der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungs-gewerbe, der den Angestelltenverbänden die Aktiolegitimation zum Abschluß von Tarifverträgen bestreitet. Ohne Rücksicht auf den Ausgang dieser schwebenden Prozesse werden die Angestellten in ihrem wirtschaftlichen Interesse sich um so fester in ihre gewerkschaftliche Organisation eingliedern müssen, weil sie sich das Recht der Mitbestimmung an der Gestaltung ihrer Existenz nicht verkümmern oder gar nehmen lassen dürfen. Aber nicht nur in Berlin, auch an anderen Plätzen Deutschlands zeigen sich die gleichen Schwierigkeiten. So schreibt z. B. in Mannheim seit Mitte August ein Verfahren um Erhöhung der Gehälter. Der Landesrichter machte den Parteien einen Vergleichsvorschlag auf eine Erhöhung der Gehälter um 10 Proz. ab 16. August bis 31. Oktober und verwies auf den Weg der direkten Verhandlung. Die Angestellten nahmen den Vorschlag an, die Unternehmer lehnten ihn ab. Nach Anruf der amtlichen Schlichtungsstelle regten nunmehr die Unternehmer eine Verhandlung zwischen den Parteien an, aber nur, um den Angestellten nahe-zulegen, ihre Forderungen zurückzuziehen. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss floß auf. Man einigte sich dann auf eine freiwillige Schlichtungsstelle, die die Septemberforderungen regeln sollte. Hier wurde ein Spruch gefällt, der eine Erhöhung der Gehälter um 8 Proz. für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1925 festsetzte. Während die Angestellten den Spruch annahm, erklärten die Arbeitgeber, daß sie ihn ablehnen würden.

Wenn so mit den Angestellten umgesprungen wird, darf man sich über ihre zunehmende Erbitterung nicht wundern. Sie ziehen aus diesen Vorgängen die Lehre, daß die Auffassung des Zentralverbandes der Angestellten die richtige ist, durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation die Grundlage zu schaffen, um das, was die Arbeitgeber freiwillig zu geben sich weigern, nötigenfalls auf dem Wege gewerkschaftlichen Kampfes zu erobern.

Die Musikinstrumentenmacher nehmen an.

Eine überfüllte Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter nahm gestern abend in der „Neuen Welt“ Stellung zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen.

Boese gab den Inhalt des Vertrages bekannt, den wir schon in unserer gestrigen Morgenausgabe mitgeteilt haben. Trotdem sich alle Diskussionsredner gegen die Annahme des Tarifvertrages in der vorliegenden Fassung aussprachen, ergab die geheime Abstimmung jedoch mit einer schwachen Mehrheit die Annahme.

Das in dem Tarifvertrag aufgenommene Lohnabkommen läuft bis zum 15. Februar 1926. Die Geltungsdauer des eigentlichen Tarifvertrages muß noch vereinbart werden. Im übrigen steht die Entscheidung der Unternehmer noch aus.

Schiedspruch für die Meierei Bolle.

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin hat gestern folgenden Schiedspruch verkündet: Gruppe I, Handwerker, 45 M.; Gruppe II, Tourenkutscher, 42 M.; Gruppe IIIa, Transportarbeiter (schwere Arbeit), 41 M.; Gruppe IIIb, Transportarbeiter (leichte Arbeit), 38 M.; Gruppe IVa, Frauen (schwere Arbeit), 30 M.; Gruppe IVb, Frauen (leichte Arbeit), 27 M.; Gruppe V, Jugendliche, a) männlich 15-16 Jahre 18 M., 17-18 Jahre 21 M., 19-20 Jahre 24 M., b) weiblich 15-16 Jahre 16 M., 17-18 Jahre 18 M., 19-20 Jahre 21 M. Der Lohnvertrag soll gelten vom 16. Oktober bis zum 31. Dezember 1925. Die Erklärungsfrist ist auf den 29. Oktober festgesetzt. Der Schiedspruch wurde ohne die Stimmen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer durch den Vorsitzenden allein gefällt.

Bei den Verhandlungen hat der Vertreter der Meierei Bolle, Assessor Wehrhahn, folgende Erklärung abgegeben: Bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium zur Verminderung der Handelspanne habe er auf die schwebende Lohnbewegung der Arbeitnehmer der Meierei Bolle hingewiesen, die die Herabsetzung der Handelspanne verhindere. Die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums haben aber darauf erklärt, daß die Regierung die Schlichter angewiesen hätte, keine Lohn erhöhungen zu gewähren!

Der Schiedspruch zeigt jedenfalls die Auswirkung der Anweisungen der Luther-Regierung.

Gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften in Italien.

(IAB.) Auf der in Genf abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes lenkte Genosse Dudgeest, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, im Namen der Arbeitergruppe im Zusammenhang mit der für alle Länder durchgeführten Erhebung über das Prinzip der gewerkschaftlichen Freiheit die Aufmerksamkeit des Rates auf das ungesetzhafte Verhalten der italienischen Regierung gegenüber den freien Gewerkschaften sowie auf den kürzlich in Italien zwischen der Unternehmer-Föderation und den faschistischen Gewerkschaften abgeschlossenen Vertrag hin, der die Verletzung der gewerkschaftlichen Freiheit und die Erteilung eines gewerkschaftlichen Organisationsmonopols an die faschistischen Organisationen bedeutet. Es wurde mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz

des Jahres 1927 zu setzen, d. h. auf dieser Konferenz die Frage der gewerkschaftlichen Freiheit zu behandeln, und eventuell eine diesbezügliche Konvention aufzustellen.

Ein Ueberläufer.

Der bisher beim Zentralverband der Angestellten als Reichsgruppenleiter für die Fachgruppe Versicherungsangestellte tätig gewesene Gustav von Tein hatte sich von dem Allgemeinen Verband der Versicherungsangestellten eine Stellung anbieten lassen. Ehe er sich über dieses Angebot entschied, stellte er an den Zentralverband der Angestellten Forderungen, die mit einer Gehaltszulage verbunden waren. Als ihm diese nicht voll zugesichert werden konnten, weil seine Fähigkeiten mit seinen Forderungen nicht in Einklang zu bringen waren, nahm er das Angebot des Allgemeinen Verbandes der Versicherungsangestellten an. Bisher hatte v. Tein den Verband, in dessen Dienst er nun getreten ist, als einen der Interessen der Versicherungsangestellten schädliche Zersplitterungsorganisation betämpft. Die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung verliert an diesem Ueberläufer nichts.

Vorschuhzahlung an städtische Arbeiter, Angestellten und Beamten. Auf vielfache zu uns gelangte Anfragen wegen der Auswirkung des sozialdemokratischen von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Antrages, betreffend die Zahlung von Vorschüssen an die Angestellten, Beamten und Arbeiter der Stadt Berlin, teilen wir nach einer von uns gemachten Feststellung mit, daß der Magistrat Berlin bisher noch nicht endgültig in dieser Frage entscheiden konnte. Sobald dies geschehen ist, werden wir genauere Mitteilungen machen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsstelle Berlin.
Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schanz; Anzeigen: H. S. Böcker; Soziale und Sonstiges: Rich. Kahlert; Anzeigen: Th. Ode; Schriftliche in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 3, Distanz 1. Telefon.

Sealplüschmäntel
nur erstkl. Qualitäten auf Damassé von 95.- Mk. an
Voll- u. Biberetteplüschmäntel von 75.- Mk. an
Außerd.: Biberetteplüsch-, Silks- u. Lammfelljacken
In allen Sachen große Auswahl.
Auf Wunsch Maßanfertigung, da Fabrikation in eigener Werkstatt.
Wilhelm Schmücker, Neukölln
Weserstr. 217, Ecke Kottbuser Damm, I. Etage

Hatvanol-Zahnpulver
speziell für natürliche sowie künstliche Zähne, Gold- und Ersatzbrücken, Kronen.
Preis 0.15, 0.50, 0.75 M.
(Gesetzl. geschützt) in Apotheken und Drogerien zu verlangen.

Sobien erschienen:
Richard Müller
Der Bürgerkrieg in Deutschland
Geburtswehen der Republik
Karton, M. 4.-, Halbleinen M. 5.40
Zu beziehen durch
Phöbus-Verlag
Eckert & Holzahn
Alexandrienerstr. 1 / Onhoff 9317

Auf Teilzahlung!
Herrn- u. Burden-Garderobe!
Kleine Anzahlung! * Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring.

Kaufen Sie!
Teppiche, Tisch- u. Diwandecken
Gardinen
nur bei uns im Spezialgeschäft Sie werden kulant, aufs beste und außerordentlich billig bedient.
Enorme Auswahl
erstkl. Fabrikate
Ohne Anschlag! bei uns die Waren sofort bei Anzahlung auf bequemem Ratenzahlung.
Sächsisch-Gardinen- u. Einrichtungshaus
am Neukölln
Hermannstr. 32

Gardinen
Sonderangebote - Gelegenb. - Käufe
in Resten
Stores, Vertiefen
Mäntel- und Kunstgardinen.
Spezial-Gardinenverkauf
Königsallee, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Stottern
Jochheilung!
Dauererfolg!
Ganz neues System!
Preis frei. G. Rüdell
Wilmersdorf, Brandenburgerstr. 18

Ischias
Spezial-Heilmittel
für die schwere Fälle bewährt werden. Spezialchemie
Schilling und Schumann, Ärzte, empfehlen.
Lindenstraße 155. 9-11. 1-4. Sonntag 10-12. Nachh.

Sind Sie nicht auch der Meinung

daß es Zeit ist, sich mit wetterfestem, warmen Schuhwerk zu versehen? Ganz abgesehen davon, daß ein warmer, trockener Fuß Wohlbehagen erzeugt, schützen Sie sich auch vor Erkältung u. Krankheit. Unsere überaus günstigen Angebote machen es Ihnen leicht, das richtige Schuhwerk für den Winter zu kaufen.



Warm und mollig
fühlen Sie sich in diesem Kamelhaar-Umschlagschuh. Mit Filz und Leder-sole und verdeckter Naht. (Gr. 36-42)

Besonders kräftiger prima Rindbox, auf Zwischensohle weis gedoppelt, extra hoher Schaft..... Gr. 31 35 39,90

Bei schlechtem Wetter bildet dieser **Damen-Schnürstiefel** aus la Rindbox, mit mod. halbohem Abs. best. Schutz; auch mit engl. Abs. besond. für alt. Damen geeignet, aus la K'Chevr. vorrätlg

Ein kräftiger **Herrn-Stiefel** aus schwarz Rindbox, elegante Form, **Goodyear Welt**

Leiser

Leiser-Ueberziehstiefel
sind leicht und elegant, halten den Fuß warm und trocken und können über jeden Lederschuh getragen werden. Lassen Sie sich unsere Modelle zeigen!

Richtiges Deutsch.

Der Wahltag ist durchaus mit Schwierigkeiten gesegnet. Auf den Straßen werden Unmengen von Papierchen verteilt, auf denen auch die am schwersten belasteten Parteien Reklame für sich machen. Selbst die Berliner Kathausdemokraten, die in Berlin alles getan haben, um das Vertrauen zu ihnen zu zerstören, singen ergreifende Lieder in der Hoffnung, das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen. Auf ihrem Propagandazettel versprechen die Kathausdemokraten alles, was ein Menschenherz erfreuen kann. Weder der Bürgerblock noch ein sozialistisch-kommunistischer Block sei das Ideal, sondern eine gemeinsame Arbeit der „Parteien der Mitte“. Die Kathausdemokraten hätten bereits dieses Ideal verwirklicht, sie allein hätten den städtischen Haushalt bei Anwendung strengster Sparsamkeit im Gleichgewicht gehalten, die städtischen Werke saniert, die Verwaltung von überflüssigen Kräften befreit, das städtische Bildungswesen vor neuen und gefährlichen Experimenten bewahrt und viele andere gefährliche Dinge verhindert. Ausgerechnet ihnen allein sei es zu danken, daß die Berliner Stadtverwaltung nicht dem Beispiel der Reichsregierung im Reiche gefolgt sei. Immer hätten die Demokraten gegen die Steuererhöhung und gegen die Zollgesetzgebung gekämpft. Es sei nicht ihre Schuld, daß sie nicht durchgekommen wären.

Ja, das sind markige, kernige Worte von edler Männlichkeit, von Anmut und Würde, sie zeigen Rückgrat, das sich nicht beugt. Aber leider stehen diese Männerworte nur auf dem Papier. Unsere Kathausdemokraten scheinen über ein schlechtes Gedächtnis zu verfügen; aus Reklamegründen haben sie ergeben, daß sie sich im Berliner Stadtparlament selten von ihren Rechtskollegen unterschieden und oft genug die getreuesten Hüter der Reaktion waren. Ueberseht man die klingenden Versprechungen der Kathausdemokraten in richtiges Deutsch, dann nehmen sie sich ungefähr folgendermaßen aus:

Demokratisches Deutsch.

Die städtische Verwaltung von überflüssigen und ungeeigneten Kräften befreien.

Das städtische Bildungswesen vor neuen und gefährlichen Experimenten bewahren.

Die Lebensfähigkeit des städtischen Haushaltes unter schwierigen Verhältnissen sichern und gleichzeitig die notwendigen Belange der Mieter berücksichtigen.

Der Privatwirtschaft alle Freiheit der Betätigung gewähren.

Die letzten Reste einer unfruchtbaren Kommunalisierung und Zwangswirtschaft zu beseitigen.

Die Berliner Bevölkerung wird aus der hier wiedergegebenen Uebersetzung die richtigen Schlüsse zu ziehen wissen und am 23. Oktober die einzig wahren Demokraten, nämlich Sozialdemokraten, wählen.

Alle Stimmen gehören der Liste 1.

„Nationale“ Wegelagerer.

Welche Früchte die planmäßige Verheerung der nationalstiftischen Jugend durch Presse, Schule und Partei zeitigt, haben wir zur Genüge kennen gelernt. Ein neues drastisches Beispiel dieser Verrohung ist der Ueberfall eines 15-jährigen Burschen, der am Mittwochabend einen 47-jährigen Mann mit einem Lohschläger überfiel. Einige Neutölnner Parteigenossen haben als Wahlpropaganda für den kommenden Sonntag rote Kästen an ihren Wohnungstüren befestigt, in denen, mit kleinen elektrischen Birnen beleuchtet, zu lesen ist: „Wählt sozialdemokratisch!“ Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren leisteten sich nun das Vergnügen, diese Kästen mit Dreck und Steinen zu bewerfen. Als einer dieser Strolche, der fünfzehnjährige Rother, Schindlerstr. 12 wohnhaft, am Donnerstagabend auf frischer Tat erlappt und zur Rede gestellt wurde, zog der Rother einen Lohschläger und verletzte einen 47-jährigen Genossen so erheblich an der Stirn, daß er einen Arzt aufsuchen mußte. Der 15-jährige Wegelagerer wurde der Wache zugeführt.

Hoch klingt das Lied von der braven Frau! Die Ehefrau des Arztes Dr. Klein, Frau Klein geb. Mühlbauer, in Berlin-Schlachtensee, Adalbertstr. 35 wohnhaft, hat am 20. Juli 1921 das Hausmädchen Martha Madans in der Krummen Lanke vom Tode des Ertrinkens gerettet. Der Polizeipräsident bringt

diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Rettungstat mit dem Ausdruck seiner besonderen Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis.

Wählt Liste I.

In einer stark besuchten Versammlung im Stadttheater zu Köpenick sprach Genosse Reuter über die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen. Von der Auswirkung der Wahlen auf die allgemeine Politik ausgehend, zeichnete er die Lage, wie sie sich seit der Bildung von Groß-Berlin im kommunalen Leben herausgestellt hat. Die Sabotage der bürgerlichen Parteien und die Kaudastellung der Kommunisten auf eine Zerstückelung des Groß-Berliner Gemeinwesens hinarbeitend, konnte nur durch unsere ziellichere Arbeit im Stadtparlament gebrochen werden. Eine Verstärkung unserer Position durch die Wahlen am kommenden Sonntag verurteilt allein die ruhige Fortentwicklung von Groß-Berlin. Deshalb müsse jeder ernsthaft um das Allgemeinwohl Besorgte am Wahltag die Liste 1 wählen. Starker Beifall zeugte von den durchschlagenden Worten des Referenten. In der Diskussion sprach ein kommunistischer Phantast, der in dem Sicherheitspakt von Locarno ein „Kriegsabkommen gegen Sowjetrußland“ erkannte, von der kommunalen Bedeutung der Wahl aber nichts zu sagen wußte. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie konnte die ausdrucksvolle Versammlung geschlossen werden.

In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung, in der fast ausschließlich Arbeiter und Beamte des Bezirks Friedrichshagen anwesend waren, referierte Bezirksverordneter Genosse Rohde. Er gestellte scharf das volksfeindliche Verhalten der Bürgerlichen sowohl in der Reichs- als auch in der Kommunalpolitik. Für sie gibt es nur eine Parole: Alles für den Besitz, nichts für die Armen und Bedrängten. Diese arbeiterscheißende Politik zeige sich auch jetzt wieder, wo städtische Arbeiter seit Wochen ohne Erfolg um ein paar Pfennige Lohnerhöhung kämpfen. Der bürgerliche Magistrat hat sich entschieden gegen jede Lohnerhöhung erklärt. Trotzdem wagen die Bürgerlichen noch um die Stimmen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in infamer Demagogie zu werben. Der 25. Oktober wird den Volksbetrüggern zeigen, daß das arbeitende Volk Berlins seine wahren Helfer erkannt hat, indem es der Liste 1 zum Siege verhilft. Die Versammlung war einmütig von dem Willen getragen, einzig und allein der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben. Einige Diskussionsredner traten gleichfalls für die Partei der positiven Arbeit, für die Sozialdemokratische Partei ein.

Rehrans in den Bezirken.

15. Bezirk — Treptow.

In der letzten Bezirksversammlung vom 21. Oktober wurde ein Antrag unserer Fraktion, für den Ortsteil Johannisthal ein neues Gemeindefeuerhaus zu errichten, durch den Genossen Lehner eingehend begründet. Die Bevölkerung des Bezirks versteht es nicht, daß von der Rechten in der vergangenen Sitzung die Dringlichkeit dieses Antrages angezweifelt wurde. Stadtrat Sprech (Rechte) glaubt infolge der Wahlbewegung seinen ablehnenden Standpunkt vertreten zu sollen. Genosse Lehmann stellte die Politik der Rechtsfraktionen ins rechte Licht. Eine Anfrage der SPD. und die folgende Debatte beleuchtete die Zustände in einigen Kindererholungsheimen, besonders in bayerischen Heimen. Nach Erledigung einiger sachlicher Vorlagen des Bezirksamtes wurden die infolge der Wahlbewegung von den Kommunisten gestellten Anträge behandelt. In einer Anfrage wünschte die SPD. Auskunft, aus welchem Grunde eine Antikriegsfinanzierung des Internationalen Bundes besteuert werden sollte. Die Anfrage wurde durch den deutschnationalen Stadtrat Dr. Sporleder beantwortet, jenem Herrn, dessen Abbau die Kommunisten seinerzeit verhinderten und dafür, wie sie in öffentlicher Sitzung erklärten, lieber einen Sozialdemokraten abbauten. In der folgenden Debatte griff ein kommunistischer Redner Dr. Sporleder scharf an und betonte unter anderem, daß sie heute ihre damalige Stellungnahme in der Frage des Abbaues bedauerten. (Das kommt reichlich spät und ist jetzt auch zwecklos. D. Red.) In seiner Erwiderung verjüchte Dr. Sporleder die Bezirksversammlung herauszufordern und verließ während seiner Ausführungen, als er merkte, daß die gesamte Versammlung ihren Unwillen über derartige Ausführungen kund tun wollte, den Sitzungssaal. Ein kommunistischer Antrag wünschte Maßnahmen zur Abminderung der Rot bei Erwerbslosigkeit. Unser Genosse Neumann mußte der SPD. vorhalten, daß sie diesen Antrag heute zum sechsten Male stellten, jedoch jedesmal unseren Rat nicht befolgten, ihn zuständigem Sachverstand in der Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Gemäß unserem Vorschlag wurde der Antrag einstimmig einem Ausschuss überwiesen. Unsere Fraktion wünschte Auskunft, ob das Gelände zwischen Niederschöneweide und Adlershof bald für Laubentkalkung aufgestellt werde. Die Anfrage wurde durch den Genossen Stadtrat Richter beantwortet. Bezirksverordneter Genosse Strieder wies darauf hin, daß dies wahrscheinlich die letzte Sitzung der Versammlung sei und dankte für die geleistete Arbeit.

12. Bezirk — Steglitz.

Die Kommunisten haben für den 12. Verwaltungsbezirk eine Wählerzeitung, betitelt „Der Rote Morgen“, herausgegeben. Natur-

lich werden hierin die „SPD.-Verräter“ mal wieder richtig „entlarvt“. An allem, was im 12. Bezirk getan, bzw. nicht getan worden ist, sind die bösen Sozialdemokraten schuld. Es muß aber daran erinnert werden, daß seinerzeit der einzige Vertreter der SPD., der in der Bezirksversammlung in Ermangelung eigener Gedanken und eigener Initiative immer treu und brav mit uns stimmte, unter jubelnden Beifall und Händeklatschen der Rechten erklärte, daß er seine Zustimmung zum Abbau unseres Genossen Lehmann gab. Unter anderem wird dann in dem Flugblatt behauptet, Bürgerliche und SPD. hätten entgegen den Richtlinien des Magistrats vor einigen Jahren einem deutschnationalen Bezirksverordneten Auftrag erteilt. Diese gräßliche Begebenheit, die sich aber bereits im Jahr 1921 zugetragen haben soll, hätte demnach der treue biedere SPD.-Mann vier Jahre lang in seinem Busen verwahrt, keinem Menschen ein Wort davon verraten und weder einen Antrag noch eine Anfrage in der Bezirksversammlung eingebracht. Me Entschuldigung könnte er allerdings geltend machen, und diese Behauptung wäre nicht zu widerlegen, daß er nur selten die Bezirksversammlung besucht hat, um dann jedesmal vorzeitig wieder zu verschwinden. — Der Bezirksverordnete Klose scheint nach Angabe des Flugblatts eine ganz besondere Nummer zu sein. Soll er es doch im Jahre 1921 fertig gebracht haben, dem Bezirksamt Steglitz zu beschreiben, daß es anlässlich des damaligen Gemeindefeuerstreiks entlassenen Arbeiter zu Recht auf Pfaster geworfen habe. Nun stehen 35 Bürgerliche 10 Sozialdemokraten gegenüber, danach ist auch die Zusammenziehung des Bezirksamtes. Und da will jemand im Ernst behaupten, die Sozialdemokratie sei an der Entlassung schuld? Die Steglitzer Sozialdemokratie kann allerdings das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß durch ihr Eingreifen ein Teil der Entlassenen wieder eingestellt wurde. Eins ist festzustellen: in den verflochtenen 4 Jahren hat die SPD.-Fraktion dauernd im schärfsten Kampf mit den Bürgerlichen gelegen und zwar ohne die Unterstützung der SPD. In ihrer Angst vor der gerechten Strafe schreden also die Kommunisten nicht davor zurück, noch in den letzten Stunden vor der Wahl die Sozialdemokratie in der gemeinsten Weise zu verleumden, um die Wähler irrezuführen. Sie wollen wieder Dumme fangen. Aber diesmal gelingt es nicht. Die Vertätigten treten diesmal auch in Steglitz für die Liste der Sozialdemokratischen Partei ein. Die Kommunisten sind erkannt, kein Mensch nimmt mehr von ihnen Notiz.

Achtung, Arbeitslose! Morgen, Sonntag, mittags von 12 bis 2 Uhr, werden Genossen zur Verteilung des „Vorwärts“ benötigt. Meldung von 11½ Uhr mittags Lindenstraße 3, 1. Hof links parterre. Mitgliedsbuch mitbringen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Die verlorenen Fahrheine. Dem Straßenbahnschaffner Manthey wurde am 19. d. M. 7½ Uhr abends, auf Linie 41 im Triebwagen ein brauner Leinwandbeutel, enthaltend 500 Fahrheine für Erwachsene und 250 dgl. für Kinder sowie eine Rolle 10-Pfennig-Stücke zu 5 M. entwendet. Der betreffende Herr, welcher an der Hausotterstraße in Reinickendorf ausstieg, wird gebeten, die Sachen abzugeben, da der Schaffner erkrankt ist, und zwar an Strassenbahnhof 1, Reinickendorf, Pantower Wäse. Falls es nicht gelingt, die Fahrheine wiederzuerhalten, droht dem Schaffner die Entlassung.

121 Millionen Berliner auf Rädern. Im Groß-Berliner Verkehr wurden im Monat September 121,1 Millionen Personen befördert, und zwar 32,6 mit den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, 68,7 mit der Strassenbahn, 13 mit der Hoch- und Untergrundbahn und 6,8 mit Autobussen. Während der Verkehr der Stadtbahn von 36 auf 32,6 zurückgegangen ist, weisen alle übrigen Verkehrsmittel eine starke Zunahme auf.

Die Spezialität, kleine Kinder zu betauben, die früher nur von Frauen betrieben wurde, hat jetzt ein noch unbekannter Mann übernommen. Er treibt sich im Friedrichshagen und dessen Umgebung unher, spricht kleine Mädchen an, die Ohringel tragen, spiegelt ihnen vor, daß die Ringe ein Ohrleid verursachen, nimmt sie ihnen aus den Ohren und verschwindet damit, bevor noch die verdutzten Kinder recht wissen, was geschehen ist. Die Eltern werden gut tun, die Kleinen vor dem Mann zu warnen.

Die Staatlichen Museen sind am Wahltag, dem 23. Oktober, wie folgt geöffnet: Schloßmuseum 11—2 Uhr, Altes und Neues Museum, Kaiser-Friedrich-Museum, Museum Prinz-Albrecht-Str. 7, Sammlung für deutsche Volkskunde und Zeughaus 12—3 Uhr. — Das Museum für Völkerverkunde ist wegen Umzugs bis auf weiteres ganz geschlossen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

74. Wkt. Zehlendorf. Heute Freitag Abend, Abholung des Wahlmaterials. Sonntag Abend treffen sich alle Genossen und Genossinnen im Zentralwahlbüro, Zittel Allee, Potsdamer Str. 25. Jungsozialisten. Gruppe Rodden. Der Gruppenabend fällt aus. Dafür Beteiligung an den Rungenbesuchen der Partei. Morgen Sonnabend Flugblattverteilung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

46. Wkt. Unser Genosse Bill Kintisch, Curvestr. 24, ist verstorben. Beerdigung morgen Sonnabend nachmittags 2 Uhr auf dem Neuen Jakobkirchhof, Hermannstr. Beige Beteiligung erwünscht.

Ulster und Paletots

reich sortiert in allen Farben und Formen Preiswert in unseren anerkannt guten Qualitäten

Table with columns for clothing items: Herren-Ulster, Winter-Paletots, Knaben-Schlüpfer, Jünglings-Ulster, Rock-Paletots, Knaben-Kiel-Pyjack, Winter-Joppen, Jagd-Paletots, Lod-Mäntel, Haus-Joppen. Includes prices and descriptions for each item.

Leineweber Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6



Billige Lebensmittel

Zucker	Pfund	29 Pf.
Weizenmehl	Pfund	19 Pf.
Malzkaffee	im Paket	24 Pf.
Kaffeemischung	m. 2% Bohnen	75 Pf.
Kaffee	frisch geröstet	Pfund von 2 an
Margarine	Pfund	60 Pf.
Goudakäse	Pfund	85 Pf.
Molkereibutter	1/2-Pfund-Stück	1 Pf.
Rot- und Leberwurst	Pfd.	70 Pf.
Brühwurst	nach Breslauer Art, Pfund	80 Pf.
Bockwurst	Pfund	1 Pf.
Hausmacherleberwurst	Pfd.	1 Pf.
Suppentfleisch	gefroren, Pfund	54 Pf.
Schmorfleisch	gefroren, ohne Knochen, Pfd.	85 Pf.
Schweinekopf	gepöbelt, Pfund	50 Pf.
Weisskohl	Pfund	3 Pf.

Grosser Glas-, Porzellan-, Wirtschaftsartikel-Verkauf

Porzellan — Steingut — Glas

Weisses Porzellan mit kleinen Fehlern	Porzellan	Pressglasserie „Monopol“
Speiseteller tief 45 Pf.	Kartoffelschüsseln 1 ⁴⁵	Salatieren rund 22, 30 Pf. bis 1 ¹⁵
Speiseteller flach 35 Pf.	Saucieren 85 Pf.	Butterglocken 1 ¹⁵
Abendbrotteller 18 Pf.	Bratenplatten 75, 95 Pf. 1 ⁴⁵ 1 ⁹⁰	Käseglocken 1 ⁷⁵
Kompotteller 10 Pf.	Salatieren rund 30, 38 Pf.	Zuckerschalen 55 Pf.
Terrinen 2 ²⁵ 2 ⁷⁵	Gläser 35, 40, 45, 55 Pf.	Kompotteller 12 Pf.
Tassen m. Untertassen, weisses Porzell. 10 Pf.	Waschbecken bunt 95 Pf. 1 ⁷⁵ 2 ⁹⁵	Satz Salatieren eig. weiss Steing. 1 ²⁵
	Waschkübel bunt 95 Pf. 1 ⁷⁵ 2 ⁹⁵	Schokoladentassen bunt Steing. 75 Pf.
		Bierbecher geschliffen 28 Pf.
		Bierbecher Mattband 18 Pf.

Emaile	Stahlwaren	Bürstenwaren	Eisenwaren
Schmortöpfe mit Ring 1 ¹⁰	Kaffeelöffel verzinkt 8 Pf.	Schrubber 40, 50 Pf.	Heizrohrblech 1 ⁶⁵ 2 ¹⁰ 3 ⁴⁰ 4 ⁵⁰
Waschbecken m. Selbstspül. 95 Pf. 1 ³⁵	Esslöffel verzinkt 18 Pf.	Rosshaarbesen 1 ⁹⁵ 2 ⁶⁵	Kohlenschaufeln 35, 45 Pf.
Aufwaschwannen rund 1 ¹⁰ 1 ⁶⁵	Essgabeln verzinkt 18 Pf.	Rosshaarhandfeger 95 Pf. 1 ³⁵	Wärmeflaschen verzinkt 1 ⁷⁵
Wannen oval 1 ⁴⁵ 1 ⁶⁵ 1 ⁷⁵	Esslöffel Aluminium gemischt 12 Pf.	Klosettbürsten 60 Pf.	Leibwärmer 95 Pf. 1 ²⁵
Wassereimer 95 Pf. 1 ²⁵	Ein Posten Tischmesser zum Ausstechen 35 Pf.	Teppichkehrmaschinen 10 ⁵⁰ 12 ⁰⁰	Aermelplättbretter bezogen 85 Pf.
Ein Posten Kinder-Bestecke norm. billig 3 teilig 95 Pf.	Ein Posten Stahlscheren 35, 75 Pf.	in Ausführung 5 ⁷⁵ 9 ⁵⁰ 11 ⁵⁰	Plättbretter bezogen 4 ⁷⁵

Teppiche

Prima Velours	57/114	50/300	50/350
	12 ⁰⁰	92 ⁰⁰	148 ⁰⁰
Prima Wollperser mit Fransen	60/120	60/180	60/200
	10 ⁰⁰ 22 ⁰⁰	84 ⁰⁰	120 ⁰⁰ 180 ⁰⁰
Prima Axminster	60/120	60/180	60/200
	9 ⁷⁵ 22 ⁰⁰	79 ⁰⁰	119 ⁰⁰ 158 ⁰⁰

Decken

Diwandecken in verschiedenen Dessins	8 ⁵⁰ 13 ⁵⁰ 15 ⁵⁰ 18 ⁵⁰
Tischdecken	5 ¹⁰ 8 ⁵⁰ 9 ⁷⁵ 12 ²⁵

Gardinen

Halbstores mit Einsätzen	1 ⁷⁵ 2 ⁵⁰ 3 ⁵⁰
Künstlergarnituren Steilig	4 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 8 ⁷⁵
Bettdecken 2teilig	8 ⁷⁵ 10 ⁵⁰ 12 ⁵⁰

Steppdecken Handarbeit, Satin, doppelseitig, in allen Farben 1⁹⁷⁵

Linoleumläufer erstklassige Fabrikat, das Meter ca. 90 cm 67 cm 60 cm 110 cm 135 cm
2¹⁵ 2⁴⁵ 3²⁵ 4¹⁰ 4⁹⁵

Linoleum Auslegeware 2⁹⁰ mod. Muster, ca. 200 cm breit, Quadratformer

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

KREDIT

Auffallend

groß ist die Auswahl eleganter Herren-Paletots u. -Häute, -Anzüge, -Gummimäntel, Damenmäntel mit u. ohne Pelzkragen, Plüschmäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Kasacks, Jünglings- u. Kindergarderobe, Bett- u. Leibwäsche, Gardinen, Polstermöbel.

im Kredithaus „Felix“

Veteranenstraße 2, 1. Etage, Ecke Brunnensstraße vis-à-vis Jandorf.

J. Baer, Berlin N 20

Badstraße 26, Ecke Prinzenallee.
Fernsprecher: Moabit 2443.

Neuheiten für **Herbst u. Winter** in **Herren- u. Knabenmoden**



Fertig und nach Maß

Die geschmackvollen Auslagen in den 8 Schaufenstern des großen Ecklokals beweisen die Leistungsfähigkeit der seit 1886 bestehenden Firma.

Trotz der billigen Preise nur Qualitätsware

Sport- und Berufskleidung

In riesiger Auswahl!

Künstl.-Garnituren weiß	10.- 3.60
Künstl.-Garnituren bunt	7.- 5.- 6.50
Donkel Madras-Falt.-Garnit.	12.- 9.- 18.75
Halbstores	2.- 6.- 4.30 2.50
Bettdecken 2teilig	alle Preislagen
Steppdecken doppelseitig, Satin	25.- 24.50 17.50
Gobelin-Tischdecken	22.75 16.- 12.00
Gobelin-Diwandecken	30.- 24.- 18.00
Teppiche 2x3 m	125.- 95.- 65.- 30.00
Läuferstoffe pro Meter	von 2.00 an
Vorleger	von 6.00 an

Alle Waren ohne Aufschlag bei Teilzahlung — Lieferung bei Anzahlung

Sächsisches Gardinen- und Einrichtungshaus nur Neukölln, Hermannstr. 32

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegerdenkmal
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Auf Teilzahlung

Herren- und Knaben-Garderobe Gummimäntel für Damen und Herren, Möbel aller Art, Gardinen, Teppiche, Korbmöbel, Metall-Betten, fertige Betten

Möbelhaus Anteil
Große Frankfurter Str. 34 am Straußberger Platz
gegründet 1901

Kredit an Jedermann

bis zu **12 Monaten** bei ganz geringer Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, weiße und bunte Küchen, Kleider-Schränke, Vertikows, engl. und Metallbettstellen, Sofas, Ruhebetten usw.

Fahrtgeld wird vergütet

Möbel- u. Waren-Kredit-Haus
UNION G.m.b.H.
Berlin N, Elsasser Str. 39 (a. Oranienb. Tor)

Bären-Stiefel

haltbarster **Qualitätsstiefel** für **Strasse und Sport** nur bei **H. Bähr, markt 1**

Besonders wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und **billig!**

Hier sind wir mit Preisen

Hemdenbarchent Mtr. 52 Pf.	Rohnessel Meter 58 Pf.	Blusenflanell Meter 68 Pf.	Kleiderbarchent Mtr. 78 Pf.	Schlafdecke Stück 1 ⁹⁵	Mantelstoff 130 cm breit 2 ⁹⁵	Helvetia-Seide 100 cm br. 3 ⁴⁵	Reinw. Gabardine 130 cm br. Mtr. 3 ⁹⁵
Wolle farb. Docks 9 Pf.	Damenstrümpfe schwarz und leder. Paar 35 Pf.	Damenstrümpfe moderne Farben Paar 48 Pf.	Herrensocken starke Qu. Woll, grau Paar 50 Pf.	Herrensocken einfarbig Paar 58 Pf.	Kindertrikot wollgemischt, Größe 1-3 Stück, Rodelgarnitur dreiteilig für 7-10 Jahre Garatür 95 Pf. 11 ⁷⁵	Bettstreifen gestrichelt 14 Pf.	Taschentücher gestrichelt 18 Pf.
Prima Mako-Senkel 120 cm 18 Pf. 3 Paar 28 Pf.	Obergarn 4/1000 Rolle 52 Pf.	Haarschleife mit Halter, in vielen Farben Stück 68 Pf.	Klöppelspitze ca. 6 cm breit Meter 16 Pf.	Gardinen Meterware, volle Breite Meter 75 Pf.	Scheibenschleier engl. Teil Paar 85 Pf.	Etamine-Halbstores Stück 1 ⁶⁰	Künstl.-Gardinen englisch, Teil, Medig. 3 ⁴⁵

Flanell-Kasack 88 Pf.
Kostüm-Rock 1⁶⁰



Cheviot-Kleid 3⁷⁵
Flausch-Mantel 9⁷⁵

Ver-gleichen sie!